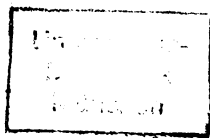


# Die Verfassungsdiskussion im Jahr der deutschen Einheit

Analysen – Hintergründe – Materialien

Herausgegeben von  
Bernd Guggenberger und Tine Stein

Carl Hanser Verlag



ISBN 3-446-16425-1

Alle Rechte an dieser Ausgabe vorbehalten

© 1991 Carl Hanser Verlag München Wien

Gesamtherstellung: Ludwig Auer GmbH, Donauwörth

Printed in Germany

# Inhalt

<i>Bernd Guggenberger/Tine Stein: Strukturen und Motive der Verfassungsdiskussion im Jahr der deutschen Einheit. Eine redaktionelle Vorbemerkung</i> . . . . .	9
--	---

## 1. Einführung: Historische und verfassungspolitische Ortsbestimmung

<i>Bernhard Schlink: Deutsch-deutsche Verfassungsentwicklungen im Jahre 1990</i> . . . . .	19
<i>Ulrich K. Preuß: Zu einem neuen Verfassungsverständnis</i> . . . .	38
<i>Wolfgang Ullmann: Deutsche Einheit – aber was ist das?</i> . . . .	66

## 2. Eine neue Verfassung für das vereinigte Deutschland?

### *I. Von der Revolution zur Einheit*

<i>Bernd Guggenberger/Tine Stein: Abschied von der Kontinuitätsillusion. Rückblick auf die Verfassungsdiskussion im Lichte der »Hauptstadtdebatte«</i> . . . . .	81
<i>Bernd Hohmann: Etappen des verfassungsrechtlichen Diskurses und der Verfassungsgesetzgebung nach der revolutionären Wende in der DDR</i> . . . . .	87
<i>Wilhelm Hennis: Die Chance einer ganz anderen Republik. Zur Verfassung des zukünftigen Deutschland</i> . . . . .	107
<i>Dieter Grimm: Zwischen Anschluß und Neukonstitution. Wie aus dem Grundgesetz eine Verfassung für das geeinte Deutschland werden kann</i> . . . . .	119
<i>Hans-Peter Schneider: Die Zukunft des Grundgesetzes. Bedarf die Verfassung einer Bestätigung?</i> . . . . .	130
<i>Helmut Simon: Markierungen auf dem Weg zu einer neuen gesamtdeutschen Verfassung</i> . . . . .	139
<i>Birgit Laubach: Die Frau als Citoyenne. Ein Beitrag zur Verfassungsdebatte aus feministischer Sicht</i> . . . . .	155
<i>Ute Gerhard: Maßstäbe einer Verfassung auch für Frauen – eine andere Freiheit, Gleichheit, Würde</i> . . . . .	161

## *II. Wege zur deutschen Einheit. Verfassungspolitische Kontroversen*

<i>Ulrich Storost</i> : Das Ende der Übergangszeit. Erinnerung an die verfassungsgebende Gewalt . . . . .	172
<i>Robert Leicht</i> : Einheit durch Beitritt. Eine neue Verfassung kann nur schlechter werden . . . . .	186
<i>Rosemarie Will</i> : Der verfassungs- und völkerrechtliche Weg zur Deutschen Einheit. Eine Stellungnahme . . . . .	201
<i>Bernd Hohmann</i> : Verfassungsstreit um Einigung. Ein Beitrag zur gesamtdeutschen Verfassungsdiskussion . . . . .	208
<i>Josef Isensee</i> : Abstimmen ohne zu entscheiden? Ein Plebiszit über die Verfassung ist nicht vorgesehen und auch nicht wünschenswert . . . . .	214
<i>Ernst Gottfried Mahrenholz</i> : Das Volk muß »Ja« sagen können. Jede Verfassung braucht die ausdrückliche Zustimmung der Staatsbürger . . . . .	220
<i>Ernst Benda</i> : Das letzte Wort dem Volke. Auch die ostdeutschen Bürger müssen sich unsere Verfassung zu eigen machen . . . . .	224
<i>Jürgen Seifert</i> : Klassenkampf von rechts oder Modernisierung des Grundgesetzes? . . . . .	230
<i>Peter Häberle</i> : Verfassungspolitik für die Freiheit und Einheit Deutschlands. Ein wissenschaftlicher Diskussionsbeitrag im Vormärz 1990 . . . . .	242
<i>Dieter Grimm</i> : Das Risiko Demokratie. Ein Plädoyer für einen neuen Parlamentarischen Rat . . . . .	261
<i>Josef Isensee</i> : Wenn im Streit über den Weg das Ziel verlorengeht. Ein schonender Beitritt der DDR ist der sicherste Weg zur Einheit . . . . .	270

## *III. Der Einigungsvertrag als verfassungspolitisches Präjudiz?*

<i>Wolfgang Schäuble</i> : Der Einigungsvertrag – Vollendung der Einheit Deutschlands in Freiheit . . . . .	283
<i>Klaus Stern</i> : Der verfassungsändernde Charakter des Einigungsvertrages . . . . .	307
<i>Peter Badura</i> : Das Grundgesetz – Verfassung für Deutschland . . . . .	325
<i>Martin Kriele</i> : Art. 146: Brücke zu einer neuen Verfassung . . . . .	336

#### *IV. Die Diskussion über den Verfassungsentwurf des Runden Tisches*

<i>Wolfgang Templin:</i> Der Verfassungsentwurf des Runden Tisches. Hintergründe und Entstehungsbedingungen . . . . .	350
<i>Ulrich K. Preuß:</i> Auf der Suche nach der Zivilgesellschaft. Der Verfassungsentwurf des Runden Tisches . . . . .	357
<i>Gerd Roellecke:</i> Dritter Weg zum zweiten Fall. Der Verfassungsentwurf des Runden Tisches würde zum Scheitern des Staates führen . . . . .	367
<i>Karl-Heinz Ladeur:</i> Verfassungsgebung als Katharsis. Der Entwurf des »Runden Tisches« . . . . .	376
Der Verfassungsentwurf des Runden Tisches: Kurzkommmentare von Autoren und Beratern . . . . . (Beiträge von: <i>Tatjana Ansbach, Tatjana Böhm, Erich Fischer</i> )	388

#### *V. Eine Verfassung für Deutschland*

<i>Wolfgang Ullmann:</i> Das Recht und die Grundrechte in der neuen Demokratie . . . . .	399
--	-----

### **3. Anhang**

Der Weg zur deutschen Einheit – Chronologischer Abriß Okt. 1989–Okt. 1990 . . . . .	413
Quellenverzeichnis . . . . .	417
Die Autoren und Autorinnen . . . . .	422
Bibliographie . . . . .	428
Materialienverzeichnis . . . . .	440
Namenregister . . . . .	442



## Das Grundgesetz – Verfassung für Deutschland

### *1. Der Beitritt der DDR wahrt die Verfassungskontinuität*

Die Volkskammer hat am 23. August 1990 mit einer Mehrheit von mehr als 80 Prozent der abgegebenen Stimmen den Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland gemäß Artikel 23 des Grundgesetzes mit Wirkung vom 3. Oktober 1990 erklärt.<sup>1</sup> Die damit verbundene Erwartung, daß die Beratungen zum Einigungsvertrag zu diesem Termin abgeschlossen sein werden, hat sich erfüllt.<sup>2</sup> Artikel 3 des Einigungsvertrages stellt fest, daß das Grundgesetz im Gebiet der vormaligen DDR mit dem Wirksamwerden des Beitritts in Kraft tritt, mit den im Einigungsvertrag vorgesehenen Änderungen und vorbehaltlich der verschiedenen, längstens bis zum 31. Oktober 1995 zulässigen Übergangsregelungen.

Der Einigungsvertrag gibt auch der Präambel des Grundgesetzes eine neue Fassung. Die neugefaßte Präambel knüpft daran an, daß die staatliche Einheit der Deutschen das Staatsziel des Grundgesetzes war und ist<sup>3</sup>, und bekundet: »Die Deutschen (. . .) haben in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands vollendet. Damit gilt dieses Grundgesetz für das gesamte Deutsche Volk.« Die ursprüngliche und die jetzige Präambel beurkunden: Das Deutsche Volk hat sich kraft seiner verfassungsgebenden Gewalt dieses Grundgesetz gegeben. Das Grundgesetz, vier Jahre nach dem Kriegsende beschlossen, war ein Provisorium. Denn Deutschland war besetzt, geteilt, zerstört; Teile des Landes waren annektiert oder drohten annektiert zu werden. Das Grundgesetz war kein Provisorium, was seine volle Bedeutung und Geltung als Verfassung des zunächst wiedererrichteten Teil-Deutschlands anbelangte und was seinen Anspruch betraf, zukünftig einmal die Verfassung ganz Deutschlands zu sein. Die Deutschen in West-Deutschland, die sich das Grundgesetz gaben, haben – wie die Präambel aussprach – »auch für jene Deutschen gehandelt, denen mitzuwirken versagt war«. Dahin ging auch die

Intention der drei Militärgouverneure, die den Weg zur erneuerten deutschen Staatlichkeit initiierten und freigaben: »Die Verfassungsgebende Versammlung wird eine demokratische Verfassung ausarbeiten, die für die betroffenen Länder eine Regierungsform des föderalistischen Typs schafft, die am besten geeignet ist, die gegenwärtig zerrissene deutsche Einheit schließlich wiederherzustellen (...)«.<sup>4</sup> Als die drei Mächte wenige Jahre später ihre Besatzungshoheit aufgaben, bekräftigten sie, daß das wiedervereinigte Deutschland »eine freiheitlich-demokratische Verfassung, ähnlich wie die Bundesrepublik«, besitzen solle.<sup>5</sup>

Der Parlamentarische Rat, der mit dem Grundgesetz Deutschland nicht neu konstituieren, sondern neu organisieren wollte, wollte aber doch »gesamtdeutschen Anliegen unter gesamtdeutschen Gesichtspunkten« gerecht werden, ohne zu übersehen, daß eine »gesamtdeutsche konstitutionelle Lösung« erst möglich sein würde, »wenn eines Tages eine deutsche Nationalversammlung in voller Freiheit wird gewählt werden können«. Das Grundgesetz wollte also, wenn auch nur auf ein Teilgebiet Deutschlands beschränkt, »eine gesamtdeutsche Angelegenheit« sein und »seiner Legitimität nach auf Grund eines gesamtdeutschen Mandats« entstehen. Es sollte aber an dem Tage automatisch außer Kraft treten, »an dem eine frei gewählte, frei handelnde, von dem ganzen deutschen Volk entsandte Nationalversammlung – nicht in Abänderung dieses Grundgesetzes, sondern originär – die endgültige Verfassung, die wirkliche Verfassung Deutschlands geschaffen haben wird«.<sup>6</sup>

Das Bundesverfassungsgericht hat der Präambel des Grundgesetzes rechtliche Bedeutung zugemessen und darin insbesondere ein verfassungsrechtliches »Wiedervereinigungsgebot« verankert gesehen. Es hat den politischen Organen einen weiten Gestaltungsspielraum zugemessen, um das Ziel der Wiedervereinigung anzustreben, und anerkannt, daß sie in eigener Verantwortung, das heißt ohne verfassungsrechtlich vorgezeichnete Bahn, entscheiden müssen, »mit welchen politischen Mitteln und auf welchen politischen Wegen sie dieses Ziel zu erreichen oder ihm wenigstens näherzukommen suchen (...)«.<sup>7</sup> Diese verfassungsrechtlichen Direktiven sind zu bedenken, wenn die Bedeutung des »Beitritts« nach Artikel



23 Satz 2 Grundgesetz (GG), die Regelungsvollmacht des Bundesgesetzgebers bei der rechtlichen Bewerkstelligung der Einheit Deutschlands und der Sinn des Artikels 146 GG betrachtet werden.

Die Vorschriften des Artikels 146 GG ist durch Artikel 4 Nr. 6 des Einigungsvertrages neu gefaßt worden. Sie war in ihrer ursprünglichen Fassung eine außerordentliche Revisionsklausel, mit der bekräftigt wurde, daß ein wiedervereinigtes Deutschland sich eine Verfassung ohne Bindung an das Grundgesetz geben werde, »die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist«. Die Entstehungsgeschichte zeigt, daß diese Revisionsklausel den beiden Hindernissen einer freien und gesamtdeutschen Verfassungsgebung Rechnung tragen wollte, die bei der Verabschiedung des Grundgesetzes bestanden: der Besatzungshoheit der Vier Mächte über das geteilte Deutschland und der fehlenden Mitwirkung der Deutschen in den Teilen Deutschlands außerhalb des Bundesgebietes. In welcher Weise dann die neue Verfassung von dem deutschen Volke in freier Entscheidung zu beschließen sein würde, durch eine Nationalversammlung, mit oder ohne Volksabstimmung oder anders, ließ Artikel 146 GG – und läßt Artikel 146 GG in der Fassung des Einigungsvertrages – offen.

Der Beitritt der DDR nach Artikel 23 Satz 2 GG beruht auf einer freien Entscheidung der DDR, die von der Volkskammer auf der Grundlage einer breiten und nahezu einmütigen Zustimmung in dieser Volksvertretung wie im früheren Staatsvolk der DDR getroffen worden ist. Die durch die Volkskammerwahlen vom 18. März 1990 förmlich bekräftigte verfassungsgestaltende Entscheidung der DDR-Bevölkerung für die Einheit Deutschlands und die freiheitliche Demokratie bedeutet die Entscheidung für den Beitritt der DDR nach Artikel 23 Satz 2 GG und damit für das Grundgesetz als die gesamtdeutsche Verfassung.<sup>8</sup>

## *2. Auftrag zur Verfassungsrevision im Einigungsvertrag?*

Der Einigungsvertrag hat in der Neufassung des Artikel 146 GG bekräftigt, daß das Grundgesetz nach Vollendung der

Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, und außerdem die an sich selbstverständliche Feststellung angefügt, daß das Grundgesetz seine Gültigkeit an dem Tage verliert, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volk in freier Entscheidung beschlossen worden ist. Durch die Erfüllung des Wiedervereinigungsgebots und durch die Änderung des Artikels 146 GG hat diese Bestimmung ihren Charakter als außerordentliche Revisionsklausel für den künftigen Fall der Wiedervereinigung verloren.<sup>9</sup> Soweit Politiker und Juristen vor dem Beitritt der DDR Artikel 146 GG als eine »Chance« der Verfassungspolitik sahen, die nicht aufgegeben werden dürfe und die nicht durch die Wahl des Weges über Artikel 23 GG hinfällig würde, ist für eine solche Auffassung nunmehr in Artikel 146 GG kein Rechtsboden mehr zu finden. Artikel 146 GG enthält weder einen Auftrag noch eine außerordentliche Ermächtigung zu einer Revision des Grundgesetzes oder zu seiner Ersetzung durch eine neue Verfassung.

Der Einigungsvertrag hat sich auf »beitrittsbedingte« Änderungen des Grundgesetzes beschränkt. Er hat außerdem in einem Artikel über »künftige Verfassungsänderungen« (Artikel 5) eine Empfehlung der Regierungen der beiden Vertragsparteien an die gesetzgebenden Körperschaften des vereinten Deutschlands (Bundestag und Bundesrat) aufgenommen, »sich innerhalb von zwei Jahren mit den im Zusammenhang mit der deutschen Einigung aufgeworfenen Fragen zur Änderung oder Ergänzung des Grundgesetzes zu befassen«. Die Regierungen empfehlen eine Befassung insbesondere mit zwei näher bezeichneten bundesstaatsrechtlichen Themen sowie »mit den Überlegungen zur Aufnahme von Staatszielbestimmungen in das Grundgesetz« und »mit der Frage der Anwendung des Artikels 146 des Grundgesetzes und in deren Rahmen einer Volksabstimmung«.

Die Aufnahme dieser Empfehlungen der beiden Regierungen in den Einigungsvertrag gibt ihnen keine rechtliche Verbindlichkeit für die Bundesrepublik oder für deren gesetzgebende Körperschaften. Es handelt sich um eine sachlich auf den Vorgang der Herstellung der deutschen Einheit beschränkte Mitteilung über eine politische Auffassung der beiden Regierungen. Die Empfehlung, sich mit bestimmten Fra-

gen zu befassen, ist überdies keine Empfehlung, über diese Fragen eine Entscheidung zu treffen, oder gar, diese Fragen in einer bestimmten Weise zu lösen. Es kann keine Rede davon sein, daß Artikel 146 GG in Verbindung mit Artikel 5 des Einigungsvertrages »die Ausarbeitung einer neuen Verfassung und eine Volksabstimmung darüber beinhaltet«,<sup>10</sup> oder einen Auftrag dahin festlegte, eine Änderung oder Revision des Grundgesetzes in Angriff zu nehmen.

### *3. Kriterien der Verfassungspolitik*

Das Grundgesetz sieht in Artikel 79 GG die Möglichkeit der verfassungsändernden Gesetzgebung vor und bindet diese Befugnis der gesetzgebenden Körperschaften an bestimmte formelle und inhaltliche Bedingungen. Von dieser Möglichkeit ist bisher, einschließlich des Artikels 4 des Einigungsvertrages, mit 36 Änderungsgesetzen Gebrauch gemacht worden. Wenn sich die tragenden politischen Kräfte einig sind, trifft der politische Änderungs- und Reformwille dem Prinzip nach auf kein Hindernis. Dementsprechend kann auch die Herstellung der Einheit Deutschlands, über die beitriffsbedingten Verfassungsänderungen hinaus, Erfordernisse oder Bedürfnisse zur Änderung oder Ergänzung des Grundgesetzes hervorrufen oder verstärken. Durch Artikel 79 GG ist der Weg gewiesen, wie derartige politische Vorhaben realisiert werden können.

Verfassungspolitik wird sich an dem Sinn und der möglichen Tragweite einer Verfassung auszurichten haben. Verfassunggebung mit der Absicht, eine Art Faustpfand für die Verhandlungen über die Wiedervereinigung Deutschlands zu schaffen,<sup>11</sup> hat einen schlechten Ratgeber. Verfassungsänderungen, die nicht einen klaren Mangel beheben oder eine durch veränderte Umstände notwendig gewordene Novellierung vornehmen wollen, müssen ihre Vernünftigkeit überzeugend rechtfertigen können. Programmsätze versprechen mehr als die Praxis des Rechts halten kann. Die Proklamation von Staatsaufgaben kann in der Regel nur einen appellativen Wert, nicht aber eine rechtlich faßbare Wirkung haben.<sup>12</sup> Mit Verheißungen und Programmen kann nicht ein verfassungsrechtlicher Schleichweg angelegt werden, der den Gesetzgeber umgeht

und die Gerichte unmittelbar zu Faktoren der Sozial- und Gesellschaftspolitik macht. Die rechtsstaatliche und demokratische Garantiefunktion des Gesetzes kann nicht überspielt, die politische Entscheidung des Gesetzgebers kann nicht erspart und durch wohlklingende Formeln vorweggenommen werden.

Im Zuge des Prozesses der deutschen Einigung sind eine ganze Reihe von Ideen und Projekten vorgebracht worden, die teils bekannte Postulate wiederholen, teils kontroverse parteipolitische Forderungen erneuern, wie zum Beispiel das Verbot der Aussperrung als Mittel des Arbeitskampfes.<sup>13</sup> Andere verfassungspolitische Programmpunkte sind denkbar und werden vielleicht früher oder später eine hinreichende Dringlichkeit und Verfestigung für Änderungsvorschläge annehmen: die Weiterentwicklung des vom Sozialismus emanzipierten Sozialstaates unter Berücksichtigung der ökologischen Erfordernisse; die Neuorientierung des Föderalismus innerhalb der Nationalstaaten und über sie hinaus, angesichts der zur politischen Union drängenden europäischen Integration,<sup>14</sup> die Austarierung der gesetzmäßigen Freiheit und der gemeinschaftsnotwendigen Pflichten. Nicht alle politischen Wünschbarkeiten eignen sich dazu, in der Verfassung »verankert« zu werden. Die Aufkündigung des Gesellschaftsvertrages des wechselbezüglichen Bandes von Pflicht und Leistung des einzelnen und von Schutz und Rechtszuweisung durch die staatliche Gemeinschaft, auf der jenes kunstvolle Bauwerk des westlichen Verfassungsstaates beruht, durch einen Teil der Intelligenzija und – zeitweise – der nachwachsenden Generation kann nicht durch in die Verfassung geschriebene »Grundpflichten« verhindert werden, ebenso wie das sozialpolitische und ökologische Schutzbedürfnis nicht durch soziale oder partizipatorische »Rechte« erfüllt werden kann.

Der Einigungsvertrag, in dieser Hinsicht materiell ein Akt der Verfassungspolitik, hat in einer Reihe von Bestimmungen Staatsaufgaben und Gesetzgebungsaufträge normiert, so zu den Themen Arbeit und Soziales (Artikel 30), Familie und Frauen (Artikel 31), Umweltschutz (Artikel 34)<sup>15</sup> und Kultur (Artikel 35).<sup>16</sup> Die lange debattierte Staatszielbestimmung Umweltschutz beispielsweise ist nunmehr vertragsgeschaffenes Bundesrecht (siehe Artikel 45 Absatz 2 Einigungsvertrag):

Es ist Aufgabe des Gesetzgebers, »die natürlichen Lebensgrundlagen des Menschen unter Beachtung des Vorsorge-, Verursacher- und Kooperationsprinzips zu schützen und die Einheitlichkeit der ökologischen Lebensverhältnisse auf hohem, mindestens jedoch dem in der Bundesrepublik Deutschland erreichten Niveau zu fördern« (Artikel 34 Absatz 1).

Die Prämisse für die erfolgreiche und nachhaltige Erfüllung der materiellen Grundziele, die von Verfassungsrecht und Verfassungspolitik für die wirtschaftliche, soziale und ökologische Zukunftssicherung gefordert werden oder gefordert werden können, ist die Leistungskraft und Funktionsfähigkeit der parlamentarischen Demokratie. Diese Prämisse könnte durch die Einführung plebiszitärer Verfahren der »Volksgesetzgebung« nicht gestärkt, sondern allenfalls geschwächt werden. Das Grundgesetz hat die Grundsätze der parlamentarischen Demokratie konsequenter verwirklicht als die Weimarer Reichsverfassung. Das Absehen von plebiszitären Verfahren der Gesetzgebung (Volksbegehren, Volksentscheid)<sup>17</sup> sichert und stärkt die politische Entscheidungsfähigkeit der parlamentarischen Volksvertretung, des Bundestages, und verhindert ein Überspielen der Mitwirkungsrechte des Bundesrates an der Gesetzgebung. Das Absehen von einer Volkswahl des Bundespräsidenten läßt von vornherein jenen Dualismus von Staatspräsident und Volksvertretung nicht entstehen, der zwar nicht notwendigerweise, aber doch der Möglichkeit nach die Staatskrise einer Konfrontation und den Weg zu einem Präsidialregime öffnet.

#### *4. Verfassungsänderung oder Volksabstimmung?*

Obwohl auf der Ebene der Grundprinzipien ein Bedürfnis zur Änderung des Grundgesetzes nicht gesehen wird, tritt verschiedentlich die Auffassung auf den Plan, daß der – offenbar als zu technokratisch empfundene – Beitritt nach Artikel 23 Satz 2 GG nicht genüge, um der Geltungserstreckung des Grundgesetzes auf das Gebiet der einstigen DDR durch Staatsvertrag oder Bundesgesetz eine hinreichende Legitimität zu verschaffen und die Integration Deutschlands zu bewirken.<sup>18</sup> Auch von politischen Gruppen wird zu der Einberu-

fung einer verfassungsgebenden Versammlung<sup>19</sup> oder einer »neuen, gesamtdeutschen Verfassung, einer verfassungsgebenden Versammlung« und zu einem »Volksentscheid über die neue Verfassung«<sup>20</sup> aufgerufen. Die im Zusammenhang mit der deutschen Einigung stehende und mit einer Volksabstimmung zu verbindende Volksabstimmung findet auch in der SPD Fürsprecher.<sup>21</sup>

Die Motive und Gründe für die Postulate einer Verfassungsrevision und einer Volksabstimmung über das Grundgesetz oder eine revidierte, neue Verfassung sind verschiedenartig. Sie werden, was noch am ehesten einleuchten könnte, aus den besonderen Umständen der Wiedervereinigung hergeleitet, überwiegend aber aus einer vermeintlichen Doktrin demokratischer Verfassungsgebung. In der Tat ist es »dem deutschen Volk seit der Niederlage des deutschen Staates im Zweiten Weltkrieg versagt geblieben (. . .), in freier Selbstbestimmung über seine politische Form zu entscheiden«.<sup>22</sup> Dies ist nun durch die Volkskammerwahlen, die Beschlüsse der Volkskammer und des Bundestages und den Abschluß des Einigungsvertrages mit verfassungsändernden Mehrheiten in beiden deutschen Staaten geschehen. Darin liegt eine freie Entscheidung des – noch geteilten, aber die Einheit anstrebenden – deutschen Volkes. Weder das Verfassungsrecht noch die seit der Französischen Revolution übernommene Doktrin von der verfassungsgebenden Gewalt des Volkes gebieten, daß eine Verfassungsgebung oder eine Erweiterung des räumlichen Geltungsbereichs der Verfassung einer Volksabstimmung bedürfen. Unter den gegebenen Umständen müßte eine Volksabstimmung sogar als ein zielloses und dem Risiko der Schwächung der normativen Kraft des Grundgesetzes ausgesetztes Vorhaben angesehen werden.<sup>23</sup> »Rein als Verfassung und im rechtsgeschichtlichen Zusammenhang betrachtet, stellt das Grundgesetz nämlich nach wie vor das Optimum des bisher in Deutschland und anderswo je Erreichten dar. Weshalb beim Einigungsprozeß diese Garantien gegenüber dem völlig offenen Ausgang einer neuen Verfassungsgesetzgebung aufs Spiel setzen?«<sup>24</sup>

Die Revisionsklausel des Artikels 146 GG in der Fassung des Einigungsvertrages verweist, soweit sie über die Feststellung der erreichten Wiedervereinigung und der gesamtdeutschen

Geltung des Grundgesetzes hinausgeht, nur auf die allgemein bestehende Möglichkeit einer zukünftigen Verfassungsgebung und deren Grundbedingung, daß sie durch »freie Entscheidung« des deutschen Volkes beschlossen werden müsse. Sie kann, auch wenn sie zusammen mit der Empfehlung der Regierungen nach Artikel 5 des Einigungsvertrages betrachtet wird, nicht unmittelbar auf Grund der dort normierten Möglichkeit der Schaffung einer neuen Verfassung zu einer Verfassungsgebung in Gestalt der Ersetzung des Grundgesetzes führen. Eine derartige Verfassungsgebung setzt eine Organisations- und Verfahrensregelung für die Verfassungsrevision voraus; insoweit wendet sich Artikel 5 des Einigungsvertrages zu Recht an die gesetzgebenden Körperschaften des vereinten Deutschlands. Diese Regelung ist nur im Wege der verfassungsändernden Gesetzgebung möglich, setzt also voraus, daß dem Grundgesetz mit der Zustimmung von zwei Dritteln der Mitglieder des Bundestages und zwei Dritteln der Stimmen des Bundesrates ein die Verfassungsrevision ordnender Revisionsartikel eingefügt wird (Artikel 79 GG). Denn jede legale Verfassungsrevision weicht vom Bestand des Grundgesetzes ab und stellt deshalb eine Verfassungsänderung dar. Die verfassungsstaatliche Demokratie stellt ihre verfassungsmäßige Ordnung nicht zur Disposition verfahrensloser öffentlicher Meinungs- und Willensbildung. Das Grundgesetz – jetzt die Verfassung Deutschlands – stellt die Verfahren bereit, die neue Ideen und Verbesserungen der Verfassungsverhältnisse zu ihrer Verwirklichung benötigen würden.

## Anmerkungen

- 1 Siehe dazu die Erklärung der Bundesregierung, abgegeben von Bundeskanzler Kohl vor dem Deutschen Bundestag am 23. 8. 1990, *Bulletin* 1990, Nr. 101, S. 853.
- 2 Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands vom 31. 8. 1990. – Vorausgegangen war der Vertrag über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion vom 18. 5. 1990 (*BGBI.* II, S. 537); dazu Klaus Stern und Bruno Schmidt-Bleibtreu, *Staatsvertrag zur Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion*, 1990.
- 3 Hans H. Klein, »... die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden«,

- in: *Festschrift für Willi Geiger*, 1989, S. 132; Josef Isensee, Verfassungsrechtliche Wege zur deutschen Einheit, *Zeitschr. f. Parlamentsfragen* 1990, S. 309.
- 4 Dokument Nr. 1 der Militärgouverneure für die Ministerpräsidenten der drei westlichen Besatzungszonen vom 1. 7. 1948, in: Ingo von Münch (Hrsg.), *Dokumente des geteilten Deutschland*, 2. Aufl. 1976, Bd. I, S. 88.
  - 5 Art. 7 Abs. 2 des Vertrages über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten (Deutschlandvertrag) vom 26. 5. 1952, in der Fassung des Protokolls vom 23. 10. 1954 (*BGBI.* 1955 II, S. 215).
  - 6 Carlo Schmid, *Parlamentarischer Rat, Stenographischer Bericht, Zweite Sitzung*, 8. 9. 1948, 1. Bd., S. 8 ff., und *Sechste Sitzung*, 20. 10. 1948, 1. Bd., S. 69 ff. bes. S. 71.
  - 7 Beschluß vom 21. 10. 1987 (BVerfGE 77, 137/149).
  - 8 So die bei der Sondertagung der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer in Berlin am 27. 4. 1990 beherrschend hervorgetretene Auffassung, die von Josef Isensee und Klaus Stern eindrucksvoll formuliert wurde (siehe dazu *Bericht im Archiv des öffentlichen Rechts* 115. 1990, S. 314).
  - 9 Der Moskauer Vertrag der Vier Mächte vom 12. 9. 1990 sieht Art. 146 GG, ebenso wie die Präambel und Art. 23 Satz 2 GG – alle Vorschriften in ihrer alten Fassung – nur unter dem Blickwinkel, daß daraus nichts gegen die Annexionen deutschen Gebiets durch Rußland und Polen abgeleitet werden dürfe (Art. 1 Abs. 4 dieses Vertrages).
  - 10 Mißverständlich Günter Bannas u. a., *FAZ* vom 28. 8. 1990, S. 5.
  - 11 Siehe etwa Ulrich K. Preuß, Auf der Suche nach der Zivilgesellschaft. Der Verfassungsentwurf des Runden Tisches, *FAZ* vom 28. 4. 1990, Beilage »Ereignisse und Gestalten«.
  - 12 *Staatszielbestimmungen, Gesetzgebungsaufträge, Bericht der Sachverständigenkommission*, hrsg. vom Bundesminister des Innern und vom Bundesminister der Justiz, 1983, S. 29 ff.
  - 13 Siehe z. B. die Regierungserklärung des Regierenden Bürgermeisters von Berlin am 9. 3. 1990, *FAZ* vom 10. 3. 1990, S. 2.
  - 14 Die letzte Tagung der Montpélerin Society war »Auf der Suche nach einer Verfassung für Europa« (Bericht in der *FAZ* vom 11. 9. 1990, S. 16).
  - 15 Siehe schon die »Umweltunion« des Art. 16 des Staatsvertrages über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion (Fußnote 2).
  - 16 Dazu Nr. 14 des Protokolls zum Einigungsvertrag (Minderheitenschutz zugunsten der Sorben).
  - 17 Siehe Art. 73, 74 Weimarer Reichsverfassung. Eine Anzahl Landesverfassungen haben sich – für ihren beschränkten Bereich der Landesgesetzgebung – diese Einrichtung zum Vorbild genommen, z. B. Art. 74, 75 Bay-Verf.
  - 18 Dieter Grimm, Zwischen Anschluß und Neukonstitution. Wie aus dem Grundgesetz eine Verfassung für das geeinte Deutschland werden kann, *FAZ* vom 5. 4. 1990, S. 75. – Bei der Sondertagung der Staatsrechtslehrer in Berlin (Fußnote 8) traten Frowein, Häberle und Hans Meyer für diese Linie ein.
  - 19 Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN vom 4. 9. 1990 (*Bundestag Drucks.* 11/7764).



- 220 Aufruf des »Kuratoriums für einen demokratisch verfaßten Bund deutscher Länder« (Berlin, Friedrichstraße) zu einem »Kongreß Verfassung mit Volksentscheid« vom 16. 9. 1990 in Weimar.
- 221 Im Mai SPD-Vorschläge zur Verfassung *FAZ* vom 6. 4. 1990.
- 222 BVerfGE 77, 137/153 f.
- 223 Peter Lerche, Beitritt der DDR und dazu ein Volksentscheid? Kein Gewinn an Legitimität und ein Verlust an Klarheit, *F.A.Z.* vom 27. 4. 1990, S. 10; Josef Isensee, Selbstpreisgabe des Grundgesetzes? Der Beitritt der DDR macht die Abschlußbestimmung des Grundgesetzes obsolet, *FAZ* vom 28. 8. 1990, S. 10.
- 224 Robert Leicht, Einheit durch Beitritt. Warum am Grundgesetz rühren? – Eine neue Verfassung kann nur schlechter werden, *Die Zeit* vom 23. 2. 1990.

# Quellenverzeichnis

## 1. Einführung: Historische und verfassungspolitische Ortsbestimmung

Bernhard Schlink: Deutsch-deutsche Verfassungsentwicklungen im Jahre 1990  
Dieser (hier gekürzte) Aufsatz ist in der Zeitschrift *Der Staat*, H. 2, 30. Jg. (1991), S. 163–180 erschienen.

Ulrich K. Preuß: Zu einem neuen Verfassungsverständnis  
Der Aufsatz ist das Schlußkapitel des Buches *Revolution, Fortschritt und Verfassung. Zu einem neuen Verfassungsverständnis*, Berlin 1990, S. 73–89.

Wolfgang Ullmann: Deutsche Einheit – aber was ist das?  
Der Aufsatz ist in der Zeitschrift *Blätter für deutsche und internationale Politik*, H. 12, 35. Jg. (1990), S. 1433–1442 erschienen.

## 2. Eine neue Verfassung für das vereinigte Deutschland?

### *1. Von der Revolution zur Einheit*

Bernd Guggenberger/Tine Stein: Abschied von der Kontinuitätsillusion. Rückblick auf die Verfassungsdiskussion im Lichte der »Hauptstadtdebatte«  
Originalbeitrag, der im Sommer 1991, in der Rückschau auf die Verfassungsdiskussion im Jahr der deutschen Einheit, verfaßt worden ist.

Bernd Hohmann: Etappen des verfassungsrechtlichen Diskurses und der Verfassungsgesetzgebung nach der revolutionären Wende in der DDR  
Der Aufsatz geht auf verschiedene Vorträge zurück: Die verfassungsrechtliche Entwicklung in der DDR – Etappen und Perspektiven, gehalten vor Mitgliedern des Fachbereichs Rechtswissenschaft an der Universität Bielefeld im Mai 1990; Eine neue Verfassung für die DDR?, gehalten im Politischen Club der Deutschlandbibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung in Würzburg im Februar 1990; Was hat die ehemalige DDR in eine Verfassungsdiskussion einzubringen?, gehalten im November 1990 auf einer Wahlkampfveranstaltung der Grünen in Karlsruhe.

Wilhelm Hennis: Die Chance einer ganz anderen Republik. Zur Verfassung des zukünftigen Deutschland  
Dieser Beitrag wurde in der Woche nach dem Modrow-Besuch geschrieben. Er ist in der *FAZ* am 10. 3. 1990 (Nr. 59, Tiefdruckbeilage) erschienen.

Dieter Grimm: Zwischen Anschluß und Neukonstitution. Wie aus dem Grundgesetz eine Verfassung für das geeinte Deutschland werden kann  
Der Aufsatz ist in der *FAZ* am 5. 4. 1990 (Nr. 81), S. 35 erschienen.

Hans-Peter Schneider: Die Zukunft des Grundgesetzes. Bedarf die Verfassung einer Bestätigung?  
Dieser Aufsatz ist in der *FAZ* am 16. 11. 1990 (Nr. 268), S. 14 erschienen.

Helmut Simon: Markierungen auf dem Weg zu einer neuen gesamtdeutschen Verfassung  
Dieser Aufsatz stellt die aktualisierte Fassung eines Referates des Autors auf dem Rechtspolitischen Kongreß der Friedrich-Ebert-Stiftung im Juli 1990 in Potsdam dar; publiziert in: *Neue Justiz*, H. 12, 44. Jg. (1990), S. 516–518

Birgit Laubach: Die Frau als Citoyenne. Ein Beitrag zur Verfassungsdebatte aus feministischer Sicht  
Dieser Aufsatz ist die schriftliche Fassung eines Vortrages, den die Autorin auf dem Kongreß »Frauen für eine neue Verfassung« am 29. 9. 1990 in der Frankfurter Paulskirche gehalten hat; publiziert in leicht gekürzter Fassung in: *die tageszeitung*, 15. 10. 1990, S. 15

Ute Gerhard: Maßstäbe einer anderen Verfassung auch für Frauen – eine andere Freiheit, Gleichheit, Würde  
Dieser Aufsatz ist ein Auszug aus einer Rede, die die Autorin auf dem Kongreß »Frauen für eine neue Verfassung« am 29. 9. 1990 in der Frankfurter Paulskirche gehalten hat und die vollständig in dem Sonderheft »Extra 1« der *Feministischen Studien* (1991) dokumentiert ist.

## *II. Wege zur deutschen Einheit. Verfassungspolitische Kontroversen*

Ulrich Storost: Das Ende der Übergangszeit. Erinnerung an die verfassunggebende Gewalt  
Dieser Aufsatz ist in der Zeitschrift *Der Staat*, H. 4, 29. Jg. (1990), S. 321–331 erschienen.

Robert Leicht: Einheit durch Beitritt. Eine neue Verfassung kann nur schlechter werden  
Dieser Aufsatz ist in der *Zeit* am 23. 2. 1990 (Nr. 9), S. 3 und am 2. 3. 1990 (Nr. 10), S. 7 erschienen.

Rosemarie Will: Der verfassungs- und völkerrechtliche Weg zur Deutschen Einheit. Eine Stellungnahme  
Dieser Beitrag ist ein Vortrag, den die Autorin auf einer Expertentagung der Evangelischen Akademie Loccum (25.–27. 3. 1990) gehalten hat, publiziert in: *Die Rechtssysteme in der DDR und Bundesrepublik. Probleme und Perspektiven der deutsch-deutschen Rechtsangleichung, Loccumer Protokolle* Nr. 32, 1990, hrsg. v. Wolfgang Greive und Christian Pfeiffer, S. 33–39

Bernd Hohmann: Verfassungsstreit um Einigung. Ein Beitrag zur gesamtdeutschen Verfassungsdiskussion

Dieser Aufsatz ist in gekürzter Fassung in der Zeitschrift *Die Andere*, Februar 1990, S. 14 erschienen.

Josef Isensee: Abstimmen, ohne zu entscheiden? Ein Plebiszit über die Vereinigung ist nicht vorgesehen und auch nicht wünschenswert

Dieser Aufsatz ist in der *Zeit* am 8. 6. 1990 (Nr. 24), S. 10 erschienen.

Ernst Gottfried Mahrenholz: Das Volk muß »Ja« sagen können. Jede Verfassung braucht die ausdrückliche Zustimmung der Staatsbürger

Dieser Aufsatz ist in der *Zeit* am 8. 6. 1990 (Nr. 24), S. 10 erschienen.

Ernst Benda: Das letzte Wort dem Volke. Auch die ostdeutschen Bürger müssen sich unsere Verfassung zu eigen machen

Dieser Aufsatz ist in der *Zeit* am 14. 9. 1990 (Nr. 38), S. 13 erschienen.

Jürgen Seifert: Klassenkampf von rechts oder Modernisierung des Grundgesetzes?

Dieser Aufsatz ist in der Zeitschrift *Gewerkschaftliche Monatshefte*, H. 10, 41. Jg. (1990), S. 614–622 erschienen.

Peter Häberle: Verfassungspolitik für die Freiheit und Einheit Deutschlands. Ein wissenschaftlicher Diskussionsbeitrag im Vormärz 1990

Dieser Aufsatz ist in der Zeitschrift *Juristenzeitung*, H. 8, 45. Jg. (1990), S. 358–363 erschienen und geht auf einige Vorträge zurück, die der Autor im Frühjahr 1990 an verschiedenen südeuropäischen Universitäten gehalten hat.

Dieter Grimm: Das Risiko Demokratie. Ein Plädoyer für einen neuen parlamentarischen Rat

Dieser Aufsatz ist in der *Zeit* am 10. 8. 1990 (Nr. 33), S. 34 erschienen.

Josef Isensee: Wenn im Streit über den Weg das Ziel verlorengeht. Ein schonender Beitritt der DDR ist der sicherste Weg zur Einheit

Dieser Aufsatz ist in der *FAZ* am 12. 4. 1990 (Nr. 87), S. 14 erschienen.

### *III. Der Einigungsvertrag als verfassungspolitisches Präjudiz?*

Wolfgang Schäuble: Der Einigungsvertrag – Vollendung der Einheit Deutschlands in Freiheit

Der Aufsatz ist in der *Zeitschrift für Gesetzgebung*, H. 4, 5. Jg. (1990), S. 289–307 erschienen.

Klaus Stern: Der verfassungsändernde Charakter des Einigungsvertrages

Dieser Aufsatz ist erschienen in der *Deutsch-Deutschen Rechtszeitschrift*, 1. Jg.

(1990), H. 9, S. 289–294 (in etwas veränderter Form) und in den *Verträgen und Rechtsakten zur deutschen Einheit*, Band 2, *Einigungsvertrag und Wahlvertrag*, herausgegeben und eingeleitet von Klaus Stern und Bruno Schmidt-Bleibtreu, München 1990, S. 39–50.

Peter Badura: Das Grundgesetz – Verfassung für Deutschland

Dieser Beitrag ist in den *Gewerkschaftlichen Monatsheften*, H. 10, 41. Jg. (1990), S. 621–629 veröffentlicht.

Martin Kriele: Artikel 146 GG: Brücke zu einer neuen Verfassung

Dieser Beitrag geht auf einen Artikel in der *Welt*, Nr. 190, 16. 8. 1990, S. 10 zurück und ist in erweiterter und stark überarbeiteter Fassung in der *Zeitschrift für Rechtspolitik*, H. 1, 24. Jg. (1991), S. 1–5 veröffentlicht.

#### *IV. Die Diskussion über den Verfassungsentwurf des Runden Tisches*

Wolfgang Templin: Der Verfassungsentwurf des Runden Tisches. Hintergründe und Entstehungsbedingungen

Dieser Aufsatz ist erschienen in den *Gewerkschaftlichen Monatsheften*, H. 5/6, 41. Jg. (1990), S. 370–375.

Ulrich K. Preuß: Auf der Suche nach der Zivilgesellschaft. Der Verfassungsentwurf des Runden Tisches

Dieser Aufsatz ist erstmalig in der *FAZ* am 28. 4. 1990 (Nr. 99), Tiefdruckbeilage, erschienen.

Gerd Roellecke: Dritter Weg zum zweiten Fall. Der Verfassungsentwurf des Runden Tisches würde zum Scheitern des Staates führen

Dieser Aufsatz ist in der *FAZ* am 12. 5. 1990 (Nr. 134), S. 8 erschienen.

Karl-Heinz Ladeur: Verfassungsgebung als Katharsis. Der Entwurf des »Runden Tisches«

Dieser Aufsatz ist in der *Zeitschrift liberal*, H. 4, 32. Jg. (1990), S. 79–84 erschienen.

Der Verfassungsentwurf des Runden Tisches: Kurzkomentare von Autoren und Beratern (Beiträge von: Tatjana Ansbach, Tatjana Böhm, Erich Fischer) Diese Beiträge sind bereits im April des Jahres 1990 unmittelbar nach Fertigstellung des Verfassungsentwurfs des Runden Tisches erstellt worden. Eine Veröffentlichung gemeinsam mit weiteren Kurzkomentaren sowie Interviews mit den Autoren und Beratern der Arbeitsgruppe »Neue Verfassung« kam jedoch bisher nicht zustande. Die Herausgeber bedanken sich an dieser Stelle herzlich bei Tatjana Ansbach, die die Redaktion der Beiträge besorgte, für die Genehmigung zur erstmaligen Veröffentlichung in diesem Buch und bei Bernd Hohmann für seine hilfreiche redaktionelle Mitarbeit.

## *V. Vom Grundgesetz zur Verfassung*

Wolfgang Ullmann: Das Recht und die Grundrechte in der neuen Demokratie  
Dieser Aufsatz ist in der Zeitschrift *Gewerkschaftliche Monatshefte*, H. 10,  
41. . Jg. (1990), S. 630–639 erschienen.

## Die Autoren und Autorinnen

ANSBACH, TATJANA, geb. 1948, Dr. sc. iur., Dozentin am Fachbereich Rechtswissenschaft der Humboldt-Universität Berlin, Beraterin der Arbeitsgruppe »Neue Verfassung« des Runden Tisches der DDR; Veröffentlichungen u. a.: *Selbstbestimmung und Verbot der Rassendiskriminierung im Völkerrecht* (gemeinsam mit H.-J. Heintze), (1987), »Internationale Sicherheit braucht Achtung der Menschenrechte«, in: *Wissenschaftliche Zeitschrift der Humboldt-Universität Berlin* (1990, Nr. 2, S. 111 ff.), »Oeconomic factors contributing to racism and radical discrimination«, in: *UN. DOC. HR/GENEVA* (1990) SEM. 1/BP. 4

BADURA, PETER, geb. 1934, Dr. jur., o. Professor für Öffentliches Recht, Rechts- und Staatsphilosophie an der Juristischen Fakultät der Ludwig-Maximilians-Universität München; Veröffentlichungen u. a. *Wirtschaftsverfassung und Wirtschaftsverwaltung* (1971), *Verfassungsrechtliche Bindungen der Rundfunkgesetzgebung* (1980), *Paritätische Mitbestimmung und Verfassung* (1985), *Staatsrecht* (1986), »Die politische Freiheit in der Demokratie«, in: *Festschrift für Helmut Simon* (1987), *Der Schutz von Religion und Weltanschauung durch das Grundgesetz* (1989)

BENDA, ERNST, geb. 1925, Dr. iur. h.c., o. Professor für Öffentliches Recht mit Schwerpunkt Verfassungsrecht an der Universität Freiburg, 1955–1971 Rechtsanwalt in Berlin, 1968/69 Bundesminister des Innern, 1971–1983 Präsident des Bundesverfassungsgerichtes; zahlreiche juristische Veröffentlichungen

BÖHM, TATJANA, geb. 1954, Dipl. Soziologin, Politikberaterin für Sozialpolitik bei der Gruppe Bündnis 90/Die Grünen im Bundestag, Mitautorin des Verfassungsentwurfes des Kuratoriums für einen demokratisch verfaßten Bund deutscher Länder, Vertreterin des Unabhängigen Frauenverbandes am Runden Tisch der DDR und in der Arbeitsgruppe »Neue Verfassung«, Ministerin ohne Geschäftsbereich der DDR von Februar bis April 1990; Veröffentlichungen u. a.: *Sozialcharta des Runden Tisches der DDR* (Mitautorin, 1990), zahlreiche Aufsätze zur Sozialpolitik und zu Gleichstellungsfragen

FISCHER, ERICH, geb. 1933, Dr. sc. iur., Wiss. Mitarbeiter am Institut für Rechtswissenschaften-Berlin, Mitarbeit am Verfassungsentwurf des Kuratoriums für einen demokratisch verfaßten Bund deutscher Länder, Vertreter der SPD am Runden Tisch der DDR und in der Arbeitsgruppe »Neue Verfassung«; Veröffentlichungen u. a.: *Für das Wohl des Menschen. 30 Jahre Gesundheitswesen der DDR* (2 Bde., 1979), »Die Entwicklung der Staatsauffassung der KPD zur Zeit der faschistischen Diktatur in Deutschland«, in: *KPD und Staatsfrage*, hrsg. v. K.-H. Schöneburg (1986), *Verfassungen deutscher Länder und Staaten. Von 1816 bis zur Gegenwart* (1989), *Verfassungen in der DDR* (1990)

GERHARD, UTE, geb. 1939, Dr. phil., Professorin für Soziologie, Schwerpunkt Frauenforschung an der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt a. M., Mitautorin des Verfassungsentwurfs des Kuratoriums für einen demokratisch verfaßten Bund deutscher Länder; Veröffentlichungen u. a.: *Verhältnisse und Verhinderungen* (1978), *Gleichheit ohne Angleichung. Frauen im Recht* (1990), *Die Geschichte der deutschen Frauenbewegung* (1990)

GRIMM, DIETER, geb. 1937, Dr. iur., LL.M. (Harvard), Richter des Bundesverfassungsgerichts, o. Professor für Öffentliches Recht an der Universität Bielefeld; Veröffentlichungen u. a.: *Solidarität als Rechtsprinzip* (1973), *Rechtswissenschaft und Nachbarwissenschaften*, 2 Bände (2. Aufl. 1986), *Recht und Staat der bürgerlichen Gesellschaft* (1987), *Deutsche Verfassungsgeschichte*, Band 1 (1988), *Die Zukunft der Verfassung* (1991)

GUGGENBERGER, BERND, geb. 1946, Dr. phil., Professor für Politische Wissenschaft an der Freien Universität Berlin; Veröffentlichungen u. a.: *An den Grenzen der Mehrheitsdemokratie* (1984, gemeinsam mit C. Offe), *Sein oder Design. Zur Dialektik der Abklärung* (1987), *Das Menschenrecht auf Irrtum. Anleitung zur Unvollkommenheit* (1987), *Wenn uns die Arbeit ausgeht. Die aktuelle Diskussion um Arbeitszeitverkürzung, Einkommen und die Grenzen des Sozialstaats* (1988), *Der erste der letzten Kriege. Nachgedanken zum Golfkrieg* (1991)

HÄBERLE, PETER, geb. 1934, Dr. jur., o. Professor für Öffentliches Recht, Rechtsphilosophie und Kirchenrecht an der Universität Bayreuth, zugleich ständiger Gastprofessor für Rechtsphilosophie an der Hochschule St. Gallen, Mitglied des Lehrkörpers der Hochschule für Politik in München; Veröffentlichungen u. a.: *Die Wesensgehaltgarantie des Art. 19 Abs. 2 Grundgesetz* (1962, 3. Aufl. 1983), *Erziehungsziele und Orientierungswerte im Verfassungsstaat* (1981), *Kulturstaatlichkeit und Kulturverfassungsrecht* (Hrsg.) (1982), *Das Menschenbild im Verfassungsstaat* (1988), »1789 als Teil der Geschichte, Gegenwart und Zukunft des Verfassungsstaates«, in: *Jahrbuch des Öffentlichen Rechts* (1988, S. 35–64), Herausgeber des *Jahrbuchs des Öffentlichen Rechts*

HENNIS, WILHELM, geb. 1923, Dr. iur., Professor (emerit.) am Seminar für Wissenschaftliche Politik der Universität Freiburg; Veröffentlichungen u. a.: *Verfassung und Verfassungswirklichkeit. Ein deutsches Problem* (1968), *Regierbarkeit. Studien zu ihrer Problematisierung* (Hrsg., gemeinsam mit Ulrich Matz und Peter Graf Kielmansegg) (1977), *Politik und praktische Philosophie. Schriften zur politischen Theorie* (1977), *Max Webers Fragestellung. – Studien zur Biographie des Werks* (1987)

HOHMANN, BERND, geb. 1960, Dr. iur., Mitarbeiter am Zentrum für europäische Rechtspolitik an der Universität Bremen, z. Z. Freistellung zur Mitarbeit am Europäischen Parlament (»Robert-Schuman-Scholar«), 1989–1991 Assistent am Fachbereich Rechtswissenschaft der Humboldt-Universität bei Frau Professor R. Will, Mitarbeit am Runden Tisch der DDR, insbesondere in der Arbeitsgruppe »Neue Verfassung«; Veröffentlichungen: Mitautor an einer Schrift über Möglichkeiten der Verfassungsgerichtsbarkeit in der DDR *Verfas-*



*sungsgerichtsbarkeit Wozu* (1990), Konferenzbeitrag in *Deutsche Einheit und EG* (1990)

ISENSEE, JOSEF, geb. 1937, Dr. iur. utr., o. Professor für Öffentliches Recht an der Universität Bonn; Veröffentlichungen u. a.: *Subsidiaritätsprinzip und Verfassungsrecht* (1968), *Das legalisierte Widerstandsrecht* (1969), *Die typisierende Verwaltung* (1976), *Grundrechte und Demokratie* (1981), *Das Grundrecht auf Sicherheit* (1983), *Handbuch des Staatsrechts der Bundesrepublik Deutschland* (Herausgeber gemeinsam mit Paul Kirchhof) (Bde. I u. II. 1987, Bd. III 1988, Bd. VI 1989, Bd. IV 1990)

LADEUR, KARL-HEINZ, geb. 1943, Dr. jur., Professor für Öffentliches Recht an der Universität Bremen; Veröffentlichungen u. a.: zusammen mit H. Ridder, *Das sog. politische Mandat von Universität und Studentenschaft*, (2. Aufl. 1976), *Rechtssubjekt und Rechtsstruktur* (1978), zusammen mit F. Hase, *Verfassungsgerichtsbarkeit und politisches System* (1980), »*Abwägung*« – ein neues Paradigma des Verwaltungsrechts? (1984), Aufsätze zum Umwelt- und Medienrecht, zur Rechts- und Verfassungstheorie sowie zum Verfassungsrecht

LAUBACH, BIRGIT, geb. 1949, Rechtsanwältin, Justitiarin der Gruppe Bündnis 90/Die Grünen im Bundestag, Mitautorin des Verfassungsentwurfs des Kuratoriums für einen demokratisch verfaßten Bund deutscher Länder; Veröffentlichungen: Aufsätze im Bereich Feminismus und Ökologie

LEICHT, ROBERT, Ressortleiter Politik und stellvertretender Chefredakteur der *ZEIT*, Studium der Rechte in Berlin und Saarbrücken, 1970–1985 *Süddeutsche Zeitung* in München

KRIELE, MARTIN, geb. 1931, Dr. jur., Master of Law, o. Professor für Staatslehre und Öffentliches Recht an der Universität zu Köln, zugleich Direktor des Seminars für Staatsphilosophie und Rechtspolitik, 1968–1988 Richter am Verfassungsgerichtshof des Landes Nordrhein-Westfalen; Veröffentlichungen u. a.: *Theorie der Rechtsgewinnung* (1967, 2. Aufl., 1976), *Einführung in die Staatslehre* (1975, 4. Aufl. 1990), *Nicaragua, das blutende Herz Amerikas* (1985, 4. Aufl. 1986), *Die demokratische Weltrevolution* (1987, 2. Aufl. 1988), *Recht, Vernunft, Wirklichkeit* (ausgewählte Aufsätze) (1990), Mitherausgeber der *Zeitschrift für Rechtspolitik*

MAHRENHOLZ, ERNST GOTTFRIED, geb. 1929, Dr. jur., Vizepräsident des Bundesverfassungsgerichts, 1965 Direktor des Funkhauses Hannover im Norddeutschen Rundfunk, 1970 Staatssekretär und Chef der Niedersächsischen Staatskanzlei, 1974 Niedersächsischer Kultusminister, 1974–1981 Abgeordneter des Niedersächsischen Landtages, 1969–1975 Mitglied des Präsidiums des Deutschen Evangelischen Kirchentags; Veröffentlichungen zu Fragen der Medienpolitik, der Bildungspolitik und des Bildungsrechts, des Staatskirchenrechts und des Verfassungsrechts

PREUSS, ULRICH K., geb. 1939, Dr. jur., Professor für Öffentliches Recht an der Universität Bremen, Berater der Arbeitsgruppe »Neue Verfassung« des

Runden Tisches der DDR, Mitautor des Verfassungsentwurfs des Kuratoriums für einen demokratisch verfaßten Bund deutscher Länder; Veröffentlichungen u. a.: *Die Internalisierung des Subjekts* (1979), *Politische Verantwortung und Bürgerloyalität* (1984), Mitautor *Kommentar zum Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland* (Reihe Alternativkommentare) (2. Aufl. 1989), *Revolution. Fortschritt und Verfassung. Zu einem neuen Verfassungsverständnis* (1990), Zeitschriftenveröffentlichungen zur politischen Theorie sowie zum Verfassungs- und Verwaltungsrecht

ROELLECKE, GERD, geb. 1927, Dr. jur., o. Professor für Öffentliches Recht und Rechtsphilosophie an der Universität Mannheim, Präsident der Westdeutschen Rektorenkonferenz, Vizepräsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft; Veröffentlichungen zum Thema: »Schwierigkeiten mit der Rechtseinheit nach der deutschen Wiedervereinigung«, in: *Neue Juristische Wochenschrift* (1990, S. 657 ff.), »Sozialismus und deutsche Wiedervereinigung«, in: *Der Staat* (1990, S. 481 ff.), »Sozialistisches Eigentum und Privateigentum«, in: *Staat und Recht* (1990, S. 778 ff.), »Geburtenrückgang, Volk, Recht und Moral«, in: *Juristenzeitung* (1990, S. 877 ff.)

SCHÄUBLE, WOLFGANG, geb. 1942, Dr. jur., Bundesminister des Innern, seit 1972 Mitglied des Deutschen Bundestages, 1976–1984 Vorsitzender des Bundesfachausschusses Sport der CDU, 1981–1984 Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, 1984 Chef des Bundeskanzleramtes

SCHLINK, BERNHARD, Dr. jur., Professor für Öffentliches Recht an der Universität Bonn, Richter des Verfassungsgerichtshofes für das Land Nordrhein-Westfalen; Veröffentlichungen u. a.: *Abwägung im Verfassungsrecht* (1976), *Die Amtshilfe. Ein Beitrag zu einer Lehre von der Gewaltenteilung in der Verwaltung* (1982), *Grundrechte. Staatsrecht II*, gemeinsam mit B. Pieroth (6. Aufl. 1990)

SCHNEIDER, HANS-PETER, geb. 1937, Dr. jur., Professor für Staats- und Verwaltungsrecht an der Universität Hannover, Mitglied des Niedersächsischen Staatsgerichtshofes, Mitautor des Verfassungsentwurfes für einen demokratisch verfaßten Bund deutscher Länder; Veröffentlichungen auf den Gebieten des Verfassungsrechts, insbesondere des Parlamentsrechts, des Parteienrechts und der Verfassungsgerichtsbarkeit sowie der Rechtsphilosophie des Kirchenrechts

SEIFERT, JÜRGEN, geb. 1928, Dr. iur., o. Professor für Politische Wissenschaft an der Universität Hannover, Mitautor des Verfassungsentwurfes des Kuratoriums für einen demokratisch verfaßten Bund deutscher Länder, 1983–1987 Bundesvorsitzender der Humanistischen Union, Mitglied der Enquete-Kommission Verfassungs- und Parlamentsreform Schleswig-Holstein; Veröffentlichungen u. a.: *Grundgesetz und Restauration*, (4. Aufl., 1983), zahlreiche Aufsätze und Bücher zum Thema Menschen- und Bürgerrechte, Verhältnis Parlament und Regierung, Notstandsverfassung

SIMON, HELMUT, geb. 1922, Dr. iur., Dr. theol. h.c., 1953–1970 Richter im

gewerblichen Rechtsschutz am Land- und Oberlandesgericht Düsseldorf sowie am Bundesgerichtshof, 1970–1987 Richter am Bundesverfassungsgericht, umfängliche Mitarbeit in kirchlichen Gremien, 1977 und 1989 Präsident des Evangelischen Kirchentags, 1977 Carl-von-Ossietzky-Medaille, 1988 Karl-Barth-Preis, 1989 Hans-Böckler-Preis; zahlreiche Veröffentlichungen, insbesondere über Verfassungsrecht, Rechtstheologie und politische Ethik

STERN, KLAUS, geb. 1932, Dr. iur., Dr. h.c., o. Professor für öffentliches Recht an der Universität zu Köln, Mitglied des Verfassungsgerichtshofes des Landes Nordrhein-Westfalen; Veröffentlichungen u. a.: *Das Staatsrecht der Bundesrepublik Deutschland*, Bd. I (2. Aufl. 1984), Bd. II (1980), Bd. III/1 (1988), *Verträge und Rechtsakte zur Deutschen Einheit*, Bd. 1., *Staatsvertrag zur Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion* (1990), Bd. 2, *Einigungsvertrag und Wahlvertrag* (1990), außerdem zahlreiche weitere Bücher und Beiträge zum Staats- und Verwaltungsrecht

STEIN, TINE, geb. 1965, M. A., arbeitet am Institut für Politische Wissenschaft der Universität zu Köln, 1990 Geschäftsführerin des Kuratoriums für einen demokratisch verfaßten Bund deutscher Länder

STOROST, ULRICH, geb. 1946, Dr. iur., Richter am Bundesverwaltungsgericht, 1977–1979 und 1982–1991 Richter an Verwaltungsgerichten, 1979–1982 Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Bundesverfassungsgericht; Veröffentlichungen u. a.: *Staat und Verfassung bei Ernst Forsthoff* (1979), *Alliierte Kommandantur und Bundesverfassungsgericht* (1982), *Die Kernbereichslehre in verfassungsgeschichtlicher und verfassungssystematischer Sicht* (1984), *Revision des Landesverfassungsrechts?* (1987)

TEMPLIN, WOLFGANG, geb. 1948, Dipl. phil., seit Beginn der achtziger Jahre in der unabhängigen Friedens- und Menschenrechtsbewegung der DDR engagiert, Ende 1985 Mitbegründer der Initiative Frieden und Menschenrechte, im Januar 1988 über den Vorwurf »landesverräterischer Agententätigkeit« verhaftet und für zwei Jahre in die Bundesrepublik verbannt, November 1989 Rückkehr in die DDR, Mitvertreter der Initiative Frieden und Menschenrechte am Runden Tisch und in der Arbeitsgruppe »Neue Verfassung«, Mitbegründer des Kuratoriums für einen demokratisch verfaßten Bund deutscher Länder; Veröffentlichungen: zahlreiche Aufsätze und Artikel zur aktuellen politischen Situation der DDR und der Bürgerbewegungen

ULLMANN, WOLFGANG, geb. 1929, Dr. theol., Mitglied des Deutschen Bundestages, evangelischer Pfarrer (1956–1963 in Colmnitz), Dozent des Kirchlichen Lehramtes (1963–1978 Katechetisches Oberseminar Naumburg, 1978–1990 Sprachenkonvik/Kirchliche Hochschule Berlin-Brandenburg), Sprecher der Bürgerbewegung Demokratie Jetzt, Minister o. Geschäftsbereich der DDR von Februar bis April 1990, Abgeordneter und Stellvertreter der Präsidentin der Volkskammer der DDR seit April 1990; Veröffentlichungen zur Patristik und zur Kirchengeschichte im Mittelalter sowie zur Reformationszeit, Herausgeber der *Quellen zur Kirchengeschichte, Neue Folgen*

WILL, ROSEMARIE, Dr. jur., o. Professorin für Staatsrecht an der Humboldt-Universität Berlin, 1990 Wahl zur Dekanin des Fachbereichs Rechtswissenschaft der Humboldt-Universität Berlin, Mitarbeit in der Arbeitsgruppe »Neue Verfassung« des Runden Tisches der DDR, Mitautorin des Verfassungsentwurfes des Kuratoriums für einen demokratisch verfaßten Bund deutscher Länder; Veröffentlichungen u. a.: »Rechtsstaatlichkeit als Moment demokratischer politischer Machtausübung«, in: *Deutsche Zeitschrift für Philosophie* (1989, S. 801 ff.), »Die Verfassungsfrage in der DDR auf dem Weg zur deutschen Einheit«, in: *Kritische Vierteljahresschrift für Gesetzgebung und Rechtswissenschaft* (1990, S. 157 ff.), »Freiheit und Unabhängigkeit des juristischen Denkens dauerhaft sichern«, in: *Neue Justiz* (1990, S. 278 ff.)

# Bibliographie

(Auswahl)

- Abendroth, W.: »Deutsche Einheit und europäische Integration in der Präambel des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland«, in: *Europa-Archiv*, 1951, S. 4385–4396
- Abendroth, W.: »Zwiespältiges Verfassungsrecht in Deutschland«, in: *Archiv des öffentlichen Rechts*, 76. Jg. (1950/51), H. 76, S. 1–25
- Aly, G.: »Verfassungsreformismus – nein danke«, in: *die tageszeitung* v. 10. 10. 1990, S. 10
- Arbeitskreis Verfassungsrecht: »Unveröffentlichte Stellungnahme beim I. Juristentag der DDR« vom 20.–22. 4. 1990 in Straußberg.
- Arendt, H.: *On Revolution*, New York 1963
- Badura, P.: »Deutschlands aktuelle Verfassungslage«, in: *Archiv des öffentlichen Rechts*, 115. Jg. (1990), S. 314–328
- Badura, P.: *Staatsrecht*, München 1986
- Bärmeier, E.: »Das Verfassungsprinzip der ›Staatsfreiheit‹. Kommentar und Republik. Politikunterricht und politische Beteiligung«, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 40. Jg. (1990), H. 9–10, S. 32–46
- Beck, U.: *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne*, Frankfurt am Main 1986
- Benda, E./Maihofer, W./Vogel, H.-J.: *Handbuch des Verfassungsrechts*, Berlin/New York 1983
- Benda, E.: »›Königsweg‹ oder ›Holzweg‹. Spiegelgespräch«, in: *Der Spiegel* v. 30. 4. 1990
- Benda, E.: »Wer zuviel verspricht, macht sich unglaublich«, in: *FAZ* v. 3. 5. 1990
- Bericht der Tagung der Montpelerin Society: »Auf der Suche nach einer Verfassung für Europa«, in: *FAZ* v. 11. 9. 1990, S. 16
- Bayermann, L./Wetzel, U.: »Demokratie Jetzt? – Zum Gesetzgebungsalltag einer Revolution«, in: *Kritische Justiz*, 23. Jg. (1990), H. 2, S. 193–197
- Binne, W.: »Grundgesetzwidriges Übergangsrecht nach dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik nach Art. 23 S. 2 GG?«, in: *Deutsch-Deutsche Rechts-Zeitschrift*, 1. Jg. (1990), H. 6, S. 209–212
- Blanke, T./Erd, R.: *DDR. Ein Staat vergeht*, Frankfurt a. M. 1990
- Blaschke, K.: »Alte Länder – neue Länder. Zur territorialen Neugliederung der DDR«, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 40. Jg. (1990), H. 27, S. 39–54
- Bleckmann, A.: »Die Zulässigkeit des Volksentscheids«, in: *Juristenzeitung*, 33. Jg. (1978), H. 7, S. 217–227
- Blickhardt, St. (Hrsg.): *Recht ströme wie Wasser. Christen in der DDR für Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung. Ein Arbeitsbuch*, Berlin 1988
- Blumenwitz, D.: »Europäische Integration und Deutsche Wiedervereinigung«, in: *Zeitschrift für Politik*, 37. Jg. (1990), H. 1, S. 1–19
- Böckenförde, E.-W./Grimm, D.: »Nachdenken über Deutschland«, in: *Der Spiegel* v. 5. 3. 1990, S. 72

- Böckenförde, E.-W.: *Die verfassungsgebende Gewalt des Volkes – Ein Grenzbe-  
griff des Verfassungsrechts*, Frankfurt a. M. 1986
- Bohley, B. u. a.: *Und die Bürger meldeten sich zu Wort*, Frankfurt/München  
1989
- Brandt, G./Zieger, K.: »Rechtsanpassung zwischen der DDR und der BRD  
auf den Gebieten der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion«, in: *Neue  
Justiz*, 44. Jg. (1990), H. 7, S. 270–271
- Bric/Land/Segert/Will: *Studie zur Gesellschaftsstrategie I und II*, Berlin 1989/90
- Bryde, B.-O.: *Verfassungsentwicklung*, Baden-Baden 1982
- Bühl, W. L.: »Deutschland als föderativer und transnationaler Staat«, in: *Zeit-  
schrift für Politik*, 37. Jg. (1990), H. 3, S. 233–263
- Burns, T. R./Ueberhorst, R.: *Creative Democracy. Systematic konflikt Resolu-  
tion and Policymaking in a World of High Science and Technology*, New  
York 1988
- Croix, G. de la: »Zur äußeren Verfassung des wiedervereinigten Deutschlands.  
Gedanken zur Neufassung der Präambel des Grundgesetzes«, in: *Europa  
Archiv*, 45. Jg. (1990), H. 10, S. 330–332
- Dahrendorf, R.: »Angst vor der Nation«, in: *liberal*, 32. Jg. (1990), H. 3,  
S. 85–92
- Degenhart, C.: »Verfassungsfragen der deutschen Einheit«, in: *Deutsches Ver-  
waltungsblatt*, 105., Jg. (1990), H. 18, S. 973–981
- Doehring, K.: *Das Staatsrecht der Bundesrepublik Deutschland unter besonde-  
rer Berücksichtigung der Rechtsvergleichung und des Völkerrechts*, 3. Aufl.,  
Frankfurt a. M. 1984
- Doemming, K.-B. v./Füßlein, R. W./Matz, W.: »Entstehungsgeschichte der  
Artikel des Grundgesetzes«, in: *Jahrbuch des öffentlichen Rechts der Gegen-  
wart*, N. F. 1. Jg. (1951)
- Dolzer, R. (Gesamtherausgeber): *Bonner Kommentar. Kommentar zum Bon-  
ner Grundgesetz*, Loseblattsammlung seit 1950, Heidelberg fortlaufend
- Dubiel, H./Frankenberg, G./Rödel, U.: *Die demokratische Frage*, Frankfurt  
am Main 1989
- Ebsen, I.: »Abstimmungen des Bundesvolks als Verfassungsproblem«, in:  
*Archiv des öffentlichen Rechts*, 110. Jg. (1985), S. 1–29
- Ehmke, H.: *Grenzen der Verfassungsänderung*, Berlin 1953
- Eisenmann, P.: »Die Jugend in den neuen Bundesländern. Sozialistische Be-  
wußtseinsbildung und ihre Folgen«, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 41.  
Jg., H. 27, S. 3–10
- Erichsen, H.-U.: *Staatsrecht und Verfassungsgerichtsbarkeit II*, 3. Aufl., Mün-  
chen 1982
- Even, B.: *Die Bedeutung der Unantastbarkeitsgarantie des Art. 79 Abs. 3 für die  
Grundrechte*, Frankfurt am Main u. a. 1988
- Evers, T.: »Volkssouveränität im Verfahren. Zur Verfassungsdiskussion über  
direkte Demokratie«, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 41. Jg. (1991),  
H. 23, S. 3–15
- Fahrenbach, R. F.: »Das Privatisierungsverfahren nach dem Treuhandgesetz«,  
in: *Deutsch-deutsche Rechtszeitschrift*, 1. Jg. (1990), H. 8, S. 268–270

- Federalist Papers* (dt., hrsg. v. F. Ermacora), Wien 1958
- Feist, U.: »Zur politischen Akkulturation der vereinten Deutschen. Eine Analyse aus Anlaß der ersten gesamtdeutschen Wahlen«, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 41. Jg. (1991), H. 11–12, S. 21–32
- Fiedler, Wilhelm: »Die Rückgliederung des Saarlandes an Deutschland – Erfahrungen für das Verhältnis zwischen Bundesrepublik Deutschland und DDR?«, in: *Juristenzeitung*, 45. Jg. (1990), H. 14, S. 668–675
- Fischer, E.: »Verfassungsgeschichte der DDR 1990«, in: *Kritische Justiz*, 23. Jg. (1990), H. 4, S. 413–424
- Forsthoff, E.: *Ist die Bodenreform in der Deutschen Demokratischen Republik im Falle der Wiedervereinigung als rechtswirksam anzuerkennen?*, 1954
- Frankenberg, G.: »Die Rechnung soll ohne das Volk gemacht werden«, in: *Frankfurter Rundschau*, 3. 4. 1990, S. 6
- Frommel, M.: »Vorschläge für eine Neufassung des § 218/StGB/BRD«, in: *Neue Justiz*, 44. Jg. (1990), H. 8, S. 329–330
- Frowein, J. A.: »Verfassungslage Deutschlands im Rahmen des Völkerrechts«, in: *Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer*, 49. Jg. (1990), S. 7–33
- Fuhr, E.: »Stationen der deutschen Nachkriegsgeschichte«, in: *Der Vertrag zur deutschen Einheit. Ausgewählte Texte*, erläutert von G. Bannas u. a., Frankfurt am Main 1990, S. 138–217
- Frowein, J. A.: »Rechtliche Probleme der Einigung Deutschlands«, in: *Europa-Archiv*, 45. Jg. (1990), H. 7, S. 233–238
- Gebhardt, J.: »Direkt-demokratische Institutionen und repräsentative Demokratie im Verfassungsstaat«, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 41. Jg. (1991), H. 23, S. 16–30
- Glaeßner, G.-J.: »Selbstverständnis, Verfassungs- und Rechtsgeschichte der DDR 1949–1989«, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 21. Jg. (1990), H. 1, S. 101–114
- Gornig, G.: »Deutschlands aktuelle Verfassungslage. Die Sondertagung der Vereinigung der deutschen Staatsrechtslehrer«, Berlin 1990, in: *Der Staat*, 29. Jg. (1990), H. 3, S. 371–388
- Grabitz, E./Bogdandy, A. v.: »Deutsche Einheit und europäische Integration«, in: *Neue Juristische Wochenschrift*, 43. Jg. (1990), H. 17, S. 1073–1079
- Grass, G.: *Deutscher Lastenausgleich. Wider das dumpfe Einheitsgebot. Reden und Gespräche*, Frankfurt am Main 1990
- Grimm, D.: »Das Grundgesetz in der deutschen Verfassungstradition«, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 39. Jg. (1989), H. 16–17, S. 3–12
- Grimm, D.: *Staatsaufgaben*, Baden-Baden 1991 (i. E.)
- Grimm, D.: *Die Zukunft der Verfassung*, Frankfurt am Main 1991
- Grunenberg, A.: »Das Ende der Macht ist der Anfang der Literatur. Zum Streit um die SchriftstellerInnen in der DDR«, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 40. Jg. (1990), H. 44, S. 17–26
- Guggenberger, B./Offe, C. (Hrsg.): *Grenzen der Mehrheitsdemokratie*, Opladen 1984
- Guggenberger, B./Preuß, U. K./Ullmann, W. (Hrsg.): *Eine Verfassung für Deutschland. Manifest – Text – Plädoyers*, München 1991

- Häberle, P.: »1789 als Teil der Geschichte, Gegenwart und Zukunft des Verfassungsstaates«, in: Krauß, H. (Hrsg.), *Folgen der französischen Revolution*, Frankfurt am Main 1989
- Häberle, P.: *Die Wesensgehaltsgarantie des Art. 19 Abs. 2 GG*, 3. Aufl., Heidelberg 1983
- Häberle, P.: »Präambeln im Text und Kontext von Verfassungen«, in: *Demokratie in Anfechtung und Bewährung. Festschrift für Broermann*, Berlin 1982, S. 211 ff.
- Häberle, P.: »Die verfassungsgebende Gewalt des Volkes im Verfassungsstaat«, in: *Archiv des öffentlichen Rechts*, 112. Jg. (1987), S. 54–92
- Habermas, J.: »Der DM-Nationalismus«, in: *Die Zeit* v. 30. 3. 1990, S. 62 f.
- Habermas, J.: *Die nachholende Revolution. Kleine Politische Schriften VII*, Frankfurt am Main 1990
- Habermas, J.: »Ist der Herzschlag der Revolution zum Stillstand gekommen? Volkssouveränität als Verfahren. Ein normativer Begriff von Öffentlichkeit?«, in: *Die Idee von 1789 in der deutschen Rezeption* (hrsg. v. Forum für Philosophie, Bad Homburg), Frankfurt am Main 1989, S. 7–36
- Hacker, J.: *Der Rechtsstatus Deutschlands aus der Sicht der DDR*, Köln 1974
- Haney, G.: »Der Jurist und die deutsche Frage«, in: *Juristenzeitung*, 45. Jg. (1990), H. 3, S. 101–148
- Hefty, G. P.: »Die Drohung des Artikels 146«, in: *FAZ* v. 6. 9. 1990, S. 1
- Heintzen, M.: »Die Hauptstadtfrage – verfassungsrechtlich und rechtspolitisch betrachtet«, in: *Zeitschrift für Politik*, 37. Jg. (1990), H. 2, S. 134–148
- Henke, W.: *Die verfassungsgebende Gewalt des deutschen Volkes*, Stuttgart 1957
- Henke, W.: »Staatsrecht, Politik und verfassungsgebende Gewalt«, in: *Der Staat*, 19. Jg. (1980), S. 181 ff.
- Hennis, W.: »Plädoyer für ein Verfassungsgespräch«, in: *zur Debatte*, 20. Jg. (1990), H. 4, S. 7–8
- Henrich, R.: *Der vormundschaftliche Staat. Vom Versagen des realexistierenden Sozialismus*, Reinbek 1989
- Hering, H./Paczensky, S. v./Sadrozinski, R.: »Frauen in bester Verfassung«, in: *In freier Selbstbestimmung. Für eine Gesamtdeutsche Verfassung mit Volksentscheid*, hrsg. v. Kuratorium für einen demokratisch verfaßten Bund Deutscher Länder in Zusammenarbeit mit der Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin/Köln/Leipzig 1990, S. 54 ff.
- Hesse, K.: *Grundzüge des Verfassungsrechts der Bundesrepublik Deutschland*, 16. Auflage, Heidelberg 1988
- Heur, J. de: »Weitergeltung des Grundgesetzes oder Verabschiedung einer neuen Verfassung in einem vereinigten Deutschland«, in: *Die Öffentliche Verwaltung*, 43. Jg. (1990), H. 20, S. 873–879
- Hofmann, H.: *Gebot, Vertrag, Sitte: Die drei Grundfiguren des Rechtsdenkens*, Berlin 1990 (Unveröff. Ms.)
- Hofmann, H.: »Nachweltschutz als Verfassungsauftrag«, in: *Zeitschrift für Rechtspolitik*, 19. Jg. (1986), H. 4, S. 87–90
- Hohmann, B.: *Die grundrechtliche Wertekonzeption und ihre Anwendung in der Rechtsprechung des BVerfG*, Berlin 1989
- Holmes, S.: »Pricommitment and the Paradox of Democracy« in: Elster, J./Slagstad, R.: *Constitutionalism and Democracy*, Cambridge 1988



- Huber, E. R.: *Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789*, 8. Bde., Stuttgart/Berlin/Köln 1957–1990
- Hucko, E.: *Von der Paulskirche zum Museum König. Vier deutsche Verfassungen*. Köln 1984
- Ipsen, H. P.: »Über das Grundgesetz (1950)«, in: ders., *Rechtsstaatlichkeit und Sozialstaatlichkeit. Aufsätze und Essays*, 1968, S. 16 ff.
- Isensee, J.: »Deutschlands aktuelle Verfassungslage – Staatseinheit und Verfassungskontinuität«, in: *Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer*, 49. Jg. (1990), S. 39–69
- Isensee, J.: »Die junge Demokratie der DDR im Netz der alten SED-Verfassung?«, in: *Die Welt* v. 9. 4. 1990, S. 8
- Isensee, J.: »Selbstpreisgabe des Grundgesetzes? Der Beitritt der DDR macht die Schlußbestimmung des Grundgesetzes obsolet«, in: *FAZ* v. 28. 8. 1990, S. 10
- Isensee, J.: »Verfassungsrechtliche Wege zur deutschen Einheit«, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 21. Jg. (1990), H. 2, S. 309–332
- Jung, M.: »Parteiensystem und Wahlen in der DDR. Eine Analyse der Volkskammerwahl vom 18. März 1990 und der Kommunalwahlen vom 6. Mai 1990«, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 40. Jg. (1990), H. 27, S. 3–15
- Jung, O.: »Volksgesetzgebung in Deutschland«, in: *Leviathan*, 15. Jg. (1987), H. 2, S. 242–265
- Kempen, O. E.: »Historische und aktuelle Bedeutung der ›Ewigkeitsklausel‹ des Art. 79 Abs. 3 GG. Überlegungen zur begrenzten Verfassungsautonomie der Bundesrepublik«, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 21. Jg. (1990), H. 2, S. 354–366
- Kielmansegg, P. Graf: »Grundgesetz über alles«, in: *Die Zeit* v. 23. 2. 1990, S. 43
- Kimminich, O.: »Die Eigentumsgarantie im Prozeß der Wiedervereinigung – Zur Bestandskraft der agrarischen Bodenrechtsordnung der DDR«, in: Bd. 3 der *Schriftenreihe der Landwirtschaftlichen Rentenbank*, Frankfurt/M. 1990
- Kirchhof, P.: »Die Identität der Verfassung in ihren unabänderlichen Inhalten«, in: Isensee, J./Kirchhof, P. (Hrsg.), *Handbuch des Staatsrechts der Bundesrepublik Deutschland*, Bd. 1, 1987, § 19
- Klein, E.: »An der Schwelle zur Wiedervereinigung Deutschlands«, in: *Neue Juristische Wochenschrift*, 43. Jg. (1990), H. 17, S. 1065–1073
- Klein, F.: »Bonner Grundgesetz und Wiedervereinigung Deutschlands«, in: *Gedächtnisschrift für Walter Jellinek*, München 1955, S. 119 ff.
- Klein, H. H.: »Die Verfassung der DDR ist obsolet«, in: *FAZ* v. 11. 4. 1990
- Klein, H. H.: »... die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden« – Geltung und Bestand des Wiedervereinigungsgebots«, in: *Verantwortlichkeit und Freiheit. Festschrift für Willi Geiger*, Tübingen 1989, S. 132 ff.
- Klenner, H.: »Gesetzgebung und Gesetzlichkeit«, in: *Staat und Recht*, 39. Jg. (1990), S. 372 ff.
- Kloepfer, M.: *Umweltrecht*, München 1989
- Kluxen-Pyta, D.: »Verfassungspatriotismus und nationale Identität«, in: *Zeitschrift für Politik*, 37. Jg. (1990), H. 2, S. 118–133

- Knabe, H. (Hrsg.), *Aufbruch in eine andere DDR. Oppositionelle zur Zukunft ihres Landes*, Reinbek 1989
- Knopp, G./Kuhn, E.: *Die deutsche Einheit. Traum und Wirklichkeit*, Erlangen 1990
- Kohl, H.: »Wir wollen eine Republik des Grundgesetzes und keine andere«, in: *FAZ* v. 6. 3. 1990
- Korte, K.-R.: »Die Folgen der Einheit. Zur politisch-kulturellen Lage der Nation«, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 40. Jg. (1990), H. 27, S. 29–38
- Kriele, M.: »Die politische Bedeutung des Staatsvertrages«, in: *Deutsch-Deutsche Rechtszeitschrift*, 1. Jg. (1990), H. 5, S. 188–189
- Kriele, M.: *Einführung in die Staatslehre*, 4. Aufl., Opladen 1990
- Kriele, M.: *Menschenrechte zwischen Ost und West*, 2. Aufl., Köln 1979
- Kruse, J. v. (Hrsg.): *Weißbuch über die »Demokratische Bodenreform« in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands*, München 1988
- Kühne, J.-D.: »Replik in Sachen Hauptstadt: Nicht nur Papier und Sonntagsreden«, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 21. Jg. (1990), H. 3, S. 515–524
- Kühnel, W./Wielgohs, J./Schulz, M.: »Die neuen politischen Gruppierungen auf dem Wege vom politischen Protest zur parlamentarischen Interessenvertretung. Soziale Bewegungen im Umbruch der DDR-Gesellschaft«, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 21. Jg. (1990), H. 1, S. 22–37
- Kutscha, M.: »Verfassung und EG-Integration«, in: *Kritische Justiz*, 23. Jg. (1990), H. 4
- Lachmann, J. P.: »Das Treuhandgesetz«, in: *Deutsch-deutsche Rechtszeitschrift*, 1. Jg. (1990), H. 7, S. 238 ff.
- Ladeur, K.-H.: *Verfassungsgerichtsbarkeit und politisches System* (zus. mit F. Hase), Frankfurt am Main 1980
- Lange, G.: »Zur moralisch-politischen Erneuerung im Einigungsprozeß«, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 41. Jg. (1991), H. 19, S. 11–20
- Lapp, P. J.: »Fünf neue Länder. Das Ende der DDR«, in: *Deutschland Archiv*, 22. Jg. (1990), H. 9, S. 1315–1318
- Leibholz, G./Rink, H. J.: *Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland. Kommentar am Stand der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts*, 5. Aufl., Köln 1975
- Leicht, R.: »Vom Grundgesetz zur Verfassung«, in: *Die Zeit* v. 15. 3. 1991, S. 3
- Lerche, P.: »Beitritt der DDR und dazu ein Volksentscheid? Kein Gewinn an Legitimität und ein Verlust an Klarheit«, in: *FAZ* v. 27. 4. 1990, S. 10
- Lhotta, R.: »Verfassung, Bundesstaatsreform und Stärkung der Landesparlamente im Zeichen der deutschen Einheit und europäischen Integration: Zur Arbeit einer Sachverständigenkommission des Landtags Nordrhein-Westfalen«, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 22. Jg. (1991), H. 2, S. 253–288
- Lindner, B.: »Die politische Kultur der Straße als Medium der Veränderung«, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 40. Jg. (1990), H. 27, S. 16–28
- Lintner, E.: *Die Präambel und unsere westlichen Verbündeten. Das Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes*, Köln 1989
- Locke, John: *Zwei Abhandlungen über die Regierung (dt.)*, hrsg. u. eingeleitet von W. Euchner, Frankfurt am Main 1977
- Loewenstein, Karl: *Volk und Parlament nach der Staatstheorie der französischen Nationalversammlung von 1789*, (1922) Neudruck Aalen 1964
- Löw, R.: »Grundgesetz«, in: *Die Welt* v. 29. 9. 1990

- Maaz, H.-J.: »Psychosoziale Aspekte im deutschen Einigungsprozeß«, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 41. Jg. (1991), H. 19, S. 3–10
- Mampel, S.: »Das Ende der sozialistischen Verfassung der DDR«, in: *Deutschland Archiv*, 22. Jg. (1990), H. 9, S. 1377–1396
- Mampel, S.: *Die sozialistische Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik. Kommentar*, 2. Aufl., Frankfurt am Main 1982
- Mangoldt, H. v./Starck, C.: *Das Bonner Grundgesetz*, 3. Aufl., Berlin 1985
- Maunz, T.: »Die verfassungsgebende Gewalt im Grundgesetz«, in: *Die Öffentliche Verwaltung*, 6. Jg. (1953), H. 21, S. 645–648
- Maunz, Th./Dürig, G./Herzog, R./Scholz, R.: *Grundgesetz. Kommentar*, Loseblattausgabe, München fortlaufend
- Meckel, M., Schäuble, W.: »Anschluß oder Einigung?« Spiegelgespräch, in: *Der Spiegel*, Nr. 12/1990, S. 48–57
- Meier, A.: »Abschied von der sozialistischen Ständegesellschaft«, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 40. Jg. (1990), H. 16–17, S. 3–14
- Mengel, H.-J.: »Keine Zeit für eine neue Verfassung?«, in: *Frankfurter Rundschau* v. 7. 7. 1990, S. 5
- Mengel, H.-J./Poeggel, W.: »Vertragsentwurf zur Schaffung eines Staatenbundes in Deutschland«, in: *Europäische Grundrechte-Zeitschrift*, 17. Jg. (1990), H. 3/4, S. 83–86
- Meyer, H.-W.: »Soziale Demokratie als verfassungspolitischer Auftrag«, in: *Gewerkschaftliche Monatshefte*, 41. Jg. (1990), H. 10, S. 609–613
- Mommsen, W. J.: *Nation und Geschichte. Über die Deutschen und die deutsche Frage*, München 1990
- Montesquieu: *Vom Geist der Gesetze* (dt., hrsg. v. K. Wiegand), Stuttgart 1965
- Möschel, W.: »DDR – Wege aus der Krise«, in: *Juristenzeitung*, 45. Jg. (1990), H. 7, S. 306–310
- Müller, C.: »Verfassungsstaat und bürgerliche Demokratie«, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 41. Jg. (1991), H. 21–22, S. 39–46
- Münch, I. v.: *Grundgesetz. Kommentar*, Bd. 1, Frankfurt am Main 1974, Bd. 2, München 1976, Bd. 3, München 1978
- Münch, I. v.: »Deutschland: gestern – heute – morgen«, in: *Neue Juristische Wochenschrift*, Jg. 44 (1991), H. 14, S. 865–871
- Murswiek, D.: *Die verfassungsgebende Gewalt nach dem Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland*, Berlin 1978
- Narr, W.-D.: »Vom Liberalismus der Erschöpften«, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 36. Jg. (1991), H. 2, S. 216–227
- Naumann, M.: *Die Geschichte ist offen. DDR 1990: Hoffnung auf eine neue Republik. Schriftsteller aus der DDR über die Zukunftschancen ihres Landes*, Reinbek 1990
- Neubert, E.: »Protestantische Kultur und DDR-Revolution«, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 41. Jg. (1991), H. 19, S. 21–29
- Obst, C. H.: »Mehr Demokratie wagen? Verfassungsrechtliche Probleme plebiszitärer Entscheidungsverfahren in parlamentarischen Systemen«, in: *Wohlfahrtsstaat, Sozialstruktur und Verfassungsanalyse*, hrsg. v. Klingemann, H. D./Luthardt, W., Opladen i. E.
- Offe, C.: »Bindung, Fessel, Bremse. Die Unübersichtlichkeit von Selbstbe-

- schränkungsformeln«, in: Honneth, A. et. al. (Hrsg.), *Zwischenbetrachtungen. Im Prozeß der Aufklärung. Jürgen Habermas zum 60. Geburtstag*, Frankfurt am Main 1989, S. 739–774
- Offe, C.: »Vom taktischen Gebrauchswert nationaler Gefühle. Warum die Beschwörung des ›Glücks‹ der deutschen Einheit den dringend notwendigen demokratischen Konstituierungsprozeß nicht ersetzen kann«, in: *Die Zeit*, v. 14. 12. 1990
- Pestalozza, C.: *Der Popularvorbehalt*, Berlin/New York 1981
- Poppe, E.: »Verfassungstheorie und Verfassung im Sozialismus«, in: *Theoretische Probleme des Verfassungsrechts der entwickelten sozialistischen Gesellschaft*, Halle 1985, S. 5–19
- Poppe, E.: »Zum politisch-juristischen Charakter der Verfassung der DDR«, in: *Staat und Recht*, 31. Jg. (1982), H. 4, S. 291–300
- Posorski, F.: *Sozialistische Gesellschaft und Verfassung*, Berlin 1989
- Posorski, F.: »Zur Eignung der geltenden Verfassung der DDR als materielle Rechtsgrundlage für eine Verfassungsrechtsprechung«, in: *Verfassungsge-richte Wozu?*, Berlin 1990, S. 69 ff.
- Preuß, U. K.: »Der Liquidationsvertrag«, in: *die tageszeitung* v. 14. 9. 1990, S. 12
- Preuß, U. K. u. a.: *Kommentar zum Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland (Reihe Alternativkommentar)*, 2. Aufl., Darmstadt 1989
- Preuß, U. K./Scholz, R./Ullmann, W.: »Ist das Volk untergegangen?«, in: *Der Spiegel*, v. 21. 5. 1990, S. 34 ff.
- Preuß, U. K.: »Grundgesetzhauvinismus«, in: *die tageszeitung* v. 3. 3. 90, S. 2
- Preuß, U. K.: »Risikoversorge als Staatsaufgabe«, in: Grimm, D., *Staatsaufgaben*, Baden-Baden 1991 (i. E.)
- Probst, L.: »Bürgerbewegungen, Politische Kultur und Zivilgesellschaft«, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 41. Jg. (1991), H. 19, S. 30–35
- Quade, K.: *Gestaltungs- und Wirkungsmechanismus sozialistischer Grundrechte als subjektive Rechte*, Halle-Wittenberg 1988
- Ramm, T.: »Der Jurist und die Deutschlandpolitik«, in: *Juristenzeitung*, 45. Jg. (1990), H. 1, S. 15–19
- Randelzhofer, A.: »Deutsche Einheit und Europäische Integration«, in: *Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer* (1990), H. 49, S. 101–125
- Rauschnig, D.: »Der deutsch-deutsche Staatsvertrag als Schritt zur Einheit Deutschlands«, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 40. Jg. (1990), H. 33, S. 3–16
- Rauschnig, D.: »Deutschlands aktuelle Verfassungslage«, in: *Deutsches Verwaltungsblatt*, 105. Jg. (1990), H. 8, S. 393–404
- Rawls, John: *Eine Theorie der Gerechtigkeit* (dt.), Frankfurt am Main 1979
- Renzsch, W.: »Deutsche Länder und europäische Integration. Kompetenzverluste und neue Handlungschancen in einem ›Europa der Regionen‹«, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 40. Jg. (1990), H. 28, S. 28–39
- Repkewitz, U.: »Berlin: Hauptstadt der Bundesrepublik Deutschland und

- eines vereinigten Deutschlands? Rechtliche Aspekte der Hauptstadtfrage«, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 21. Jg. (1990), H. 3., S. 505–515
- Ress, G.: »Grundlagen und Entwicklung der innerdeutschen Beziehungen«, in: Isensee, J./Kirchhof, P., *Handbuch des Staatsrechts der Bundesrepublik Deutschland*, Bd. 1, Heidelberg 1987, § 11
- Ridder, H.: »Art. 146 GG. Wird der Meridian der westdeutschen ›Linken‹ zum Strang von Revolution und Demokratie in ›Deutschland‹?«, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 35. Jg. (1990), S. 970 ff.
- Roellecke, G.: »Sozialismus und deutsche Wiedervereinigung«, in: *Der Staat*, 29. Jg. (1990), H. 4, S. 481–496
- Roggemann, H.: *Die Verfassung der DDR. Entstehung, Analyse, Vergleich, Text*, Opladen 1990
- Roggemann, H.: »Zur Reformverfassung einer gesamtdeutschen Bundesrepublik – ein verfassungsrechtlicher Diskussionsbeitrag«, in: *Neue Justiz*, 44. Jg. (1990), H. 5, S. 182–184
- Rossnagel, A. et. al.: *Die Verletzlichkeit der Informationsgesellschaft*, Opladen 1989
- Rossnagel, A.: *Digitalisierung der Grundrechte? Zur Verfassungsvetraglichkeit der Informations- und Kommunikationstechnik*, Opladen 1990
- Roth, D.: »Die Wahlen zur Volkskammer in der DDR. Der Versuch einer Erklärung«, in: *Politische Vierteljahresschrift*, 31. Jg. (1990), H. 3, S. 369–393
- Rupp, H. H.: »Ergänzungen des GG um eine Vorschrift über den Umweltschutz?«, in: *Deutsches Verwaltungsblatt*, 100. Jg. (1985), H. 18, S. 990–992
- Sachs, M.: »Der Fortbestand der Fristenlösung für die DDR und das Abtreibungsurteil des Bundesverfassungsgerichts«, in: *Deutsch-deutsche Rechtszeitschrift*, 1. Jg. (1990), H. 6, S. 193–199
- Schäuble, W., Meckel, M.: »Anschluß oder Einigung?«, Spiegelgespräch, in: *Der Spiegel*, Nr. 12/1990, S. 48–57
- Schefold, D.: »Reichsgründungstag«, in: *Kritische Justiz*, 23. Jg. (1990), H. 4, S. 408–412
- Scheuner, U.: »Art. 146 GG und das Problem der verfassungsgebenden Gewalt«, in: *Die Öffentliche Verwaltung*, 6. Jg. (1953), H. 19, S. 581–585
- Schleswig-Holsteinischer Landtag (Hrsg.), *Schlußbericht der Enquete-Kommission »Verfassungs- und Parlamentsreform«*, Baden-Baden 1989
- Schlink, B.: *Grundrechte, Staatsrecht II* (gemeinsam mit Pieroth, B.), 6. Aufl. Heidelberg 1990
- Schlosser, H. D.: »Deutsche Teilung, deutsche Einheit und die Sprache der Deutschen«, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 41. Jg. (1991), H. 17, S. 13–21
- Schmitt-Glaeser, W.: *Die Stellung der Bundesländer bei einer Vereinigung Deutschlands*, Berlin 1990
- Schmitt, C.: *Verfassungslehre*, 6. Aufl., Berlin 1983
- Schmittthener, H./Bobke, M. H.: »Das Recht auf Arbeit in einer gesamtdeutschen Verfassung«, in: *Gewerkschaftliche Monatshefte*, 41. Jg. (1990), H. 10, S. 638–644
- Schneider, H.-P.: »Alle Staatsgewalt geht vom Volk aus«, in: *Der Spiegel* Nr. 34 (1990), S. 19

- Schneider, H.-P.: Die parlamentarische Demokratie stärken, in: *Das Parlament* v. 22. 2. 1991, S. 7
- Scholz, R.: »Was bleibt vom Grundgesetz?«, in: *zur Debatte*, 20. Jg. (1990), H. 4, S. 8
- Scholz, R.: »Zukunftsträchtige Perspektiven«, in: *Die politische Meinung* 35. Jg. (1990), Nr. 248, S. 4–12
- Schöneburg, K.-H.: »Anmerkungen zu einer marxistisch-leninistischen Verfassungstheorie«, in: *Die Aktualität der Marxschen Staatslehre*, Potsdam-Babelsberg 1983, S. 56–61
- Schöneburg, K.-H.: »Die Verfassungsfrage verankern in den Widersprüchen der Gesellschaft selbst« (Interview), in: *Widersprüche*, 36. Jg. (1990), H. 10, S. 35–41
- Schüddekopf, C. (Hrsg.): »Wir sind das Volk«. *Flugschriften, Aufrufe und Texte einer deutschen Revolution*, Reinbek 1990
- Schultze, R.-O.: »Föderalismus als Alternative? Überlegungen zur territorialen Reorganisation von Herrschaft«, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 21. Jg. (1990), H. 3, S. 475–490
- Schuster, R.: »Zusammenschluß, Anschluß oder Kurzschluß«, in: *FAZ* v. 9. 3. 1990, S. 12
- Seebacher-Brandt, B./Schmid, T.: »Die Linke und die Einheit. Streitgespräch«, in: *Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte*, 38. Jg. (1991), H. 6, S. 497–508
- Seifert, J.: *Anregungen für die neuen Verfassungen der DDR-Länder. Neuregelungen des Verfassungsrechts in Schleswig-Holstein als Modell*, IDEE (Prinz-Albert-Str. 43, 5300 Bonn 1) (Hrsg.)
- Seifert, J.: Die Verknüpfung zweier GG-Artikel“, in: *Frankfurter Rundschau* v. 20. 3. 1990, S. 16
- Seifert, J.: »Ein bloßer Beitritt wird der DDR nicht gerecht«, in: *Frankfurter Rundschau* v. 20. 3. 1990, S. 16
- Seifert, J.: *Grundgesetz und Restauration*, 4. Aufl., Darmstadt/Neuwied 1983
- Seifert, K.-H./Hömig, D. u. a.: *Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland*, 3. Aufl., Baden-Baden 1988
- Seiffert, W.: *Das Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes*, Köln 1989
- Skubiszewski, K.: »Die völkerrechtliche und staatliche Einheit des deutschen Volkes und die Entwicklung in Europa«, in: *Europa Archiv*, 45. Jg. (1990), H. 6, S. 195–202
- Sorgenicht, K. u. a.: *Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik. Dokumente, Kommentar*, 2 Bde., Berlin 1969
- Staatszielbestimmungen, Gesetzgebungsaufträge, Bericht der Sachverständigenkommission*, hrsg. vom Bundesminister des Innern und vom Bundesminister der Justiz, Bonn 1983
- Starck, C.: »Deutschland auf dem Weg zur staatlichen Einheit«, in: *Juristenzeitung*, 45. Jg. (1990), H. 8, S. 349–396
- Steiner, U./Grimm, D.: »Kulturauftrag im staatlichen Gemeinwesen«, in: *Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer*, 42. Jg. (1984), S. 7 ff.
- Steiner, U.: *Verfassungsgebung und verfassungsgebende Gewalt des Volkes*, Berlin 1966
- Stern, K./Schmidt-Bleibtreu, B.: *Verträge und Rechtsakte zur Deutschen Ein-*

- heit; *Staatsvertrag zur Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion (Bd. I), Einigungsvertrag und Wahlvertrag (Bd. II)*, München 1990
- Stern, K.: *Das Staatsrecht der BR Deutschland*, Bd. I (2. Aufl. 1984), Bd. II (1980), Bd. III/1 (1988) München
- Sterzel, D.: »Fiat justitia, pereat Germania!«, in: Fabricius-Brand, M. u. a. (Hrsg.), *Rechtspolitik mit »aufrechtem Gang«*, 1990, S. 259 ff.
- Sterzel, D.: »In neuer Verfassung? Zur Notwendigkeit eines konstitutionellen Gründungsaktes für das vereinte Deutschland«, in: *Kritische Justiz*, 23. Jg. (1990), H. 4, S. 385–397
- Storost, U.: *Die Kernbereichslehre in verfassungsgeschichtlicher und verfassungssystematischer Sicht*, 1984
- Templin, W.: »Die Emanzipation der DDR und die hilflose westdeutsche Linke«, in: Grebing, H. u. a. (Hrsg.), *Sozialismus in Europa – Bilanz und Perspektiven. Festschrift für Willy Brandt*, Essen 1989, S. 168 ff.
- Thaysen, U.: *Der Runde Tisch. Oder: Wer war das Volk?*, Opladen 1990
- Thieme, W.: »Fragen einer gesamtdeutschen Verfassung«, in: *Die öffentliche Verwaltung*, 43. Jg. (1990), H. 10, S. 401–408
- Tocqueville, A. de: *Über die Demokratie in Amerika* (dt., hrsg. v. J. P. Mayer/Th. Eschenburg/H. Zbinden), Stuttgart 1962
- Tomuschat, C.: »Deutschlands aktuelle Verfassungslage – Wege zur deutschen Einheit«, in: *Veröffentlichungen der Deutschen Staatsrechtslehrer*, 49. Jg. (1990), S. 70–100
- Ullmann, W.: »Sind wir ein Volk?« (Rede auf dem Kongreß »Verfassung mit Volksentscheid« in Weimar am 16. 9. 1990), in: *Verfassung mit Volksentscheid*, herausgegeben vom Kuratorium für einen demokratisch verfaßten Bund deutscher Länder in Zusammenarbeit mit der Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin/Köln/Leipzig 1990, S. 11–18
- Verbeeck, G.: Kontinuität und Wandel im DDR-Geschichtsbild, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 40. Jg. (1990), H. 11, S. 30–51
- »Verfassungsrechtliche Wege zur deutschen Einheit. Diskussionsveranstaltung der Deutschen Vereinigung für Parlamentsfragen am 28. März 1990 in Bonn«, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 21. Jg. (1990), H. 2, S. 333–354
- Vollrath, E.: »Deutschland als Verfassungsdemokratie«, in: *liberal*, 32. Jg. (1990), H. 3, S. 68–77
- Vorländer, H.: »Forum Americanum – Kontinuität und Legitimiät der Vereinigten Staaten von Amerika 1787–1987«, in: *Jahrbuch des Öffentlichen Rechts der Gegenwart*, N. F., 36. Jg. (1987), S. 451–490
- Walser, M.: *Über Deutschland reden*, Frankfurt am Main 1989
- Weber, W.: *Die Frage der gesamtdeutschen Verfassung*, München/Berlin 1950
- Wehling, H.-G. (Red.): *(Wieder-)Vereinigungsprozeß in Deutschland*, Stuttgart 1990
- Wewer, G. (Hrsg.): *DDR. Von der friedlichen Revolution zur deutschen Vereinigung*, (Gegenwartskunde, Sonderheft 6/1990) Opladen 1990
- Wielgohs, J./Schulz, M.: »Reformbewegung und Volksbewegung. Politische

- und soziale Aspekte im Umbruch der DDR-Gesellschaft«, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 40. Jg. (1990), H. 16–17, S. 15–24
- Wienholtz, E.: »Arbeit, Kultur und Umwelt als Gegenstände verfassungsrechtlicher Staatszielbestimmungen«, in: *Archiv des öffentlichen Rechts*, 109. Jg. (1985), S. 532–554
- Will, R.: »Auch gesellschaftliche Verhältnisse regeln«, in: *Das Parlament* v. 22. 2. 1991, S. 7
- Will, R.: »Die Verfassungsfrage in der DDR auf dem Weg zur deutschen Einheit«, in: *Kritische Vierteljahresschrift für Gesetzgebung und Rechtswissenschaft*, (1990), H. 2, S. 157 ff.
- Will, R.: »Rechtsstaatlichkeit als Moment demokratischer politischer Machtausübung«, in: *Deutsche Zeitschrift für Philosophie*, (1989), H. 9, S. 801–812
- Wolf, R.: »Die Verfassung des gesellschaftlichen Konkurses«, in: *Kritische Justiz*, 23. Jg. (1990), H. 4, S. 398–412
- Wuermeling, J.: »Auf dem Weg zur Einheit – Die Rolle der deutschen Bundesländer«, in: *Neue Juristische Wochenschrift*, 43. Jg. (1990), H. 11, S. 1079–1083
- Zitelmann, R.: »Die deutsche Frage. Analysen und Standpunkte«, in: *Zeitschrift für Politik*, 37. Jg. (1990), H. 3, S. 322–349
- Zuck, R.: »Wiedervereinigung«, in: *Monatsschrift des deutschen Rechts*, 44. Jg. (1990), H. 4, S. 304–307



## Materialienverzeichnis

*Quellentexte – Gesetzestexte, Verträge, Stellungnahmen von Politikern – zur Teilung Deutschlands sowie zum Prozeß der Vereinigung finden sich in folgenden Dokumentensammlungen (Auswahl):*

- Münc, I. v. (Hrsg.): *Dokumente des geteilten Deutschland. Quellentexte zur Rechtslage des Deutschen Reiches, der Bundesrepublik und der Deutschen Demokratischen Republik*, 2. Bde., mit einer Einführung von I. v. Münc, (Band II: seit 1968, unter Mitarbeit von O. Rojahn), Stuttgart 1968 und 1974
- Münc, I. (Hrsg.) unter Mitarbeit und mit einer Einführung von G. Hoog.: *Dokumente der Wiedervereinigung Deutschlands. Quellentexte zum Prozeß der Wiedervereinigung von der Ausreisewelle aus der DDR über Ungarn, die CSSR und Polen im Spätsommer 1989 bis zum Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland im Oktober 1990*, Stuttgart 1991
- Kaiser, Karl: *Deutschlands Vereinigung. Die internationalen Aspekte. Mit den wichtigen Dokumenten*, bearbeitet von K. Becher, Bergisch-Gladbach 1991
- Wienands, G.: »Freie Wahl zu einer Verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung. Zwei historische Grundsatzentwürfe aus dem Jahre 1952« (Entwurf eines Gesetzes für die Freie Wahl einer Verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung, beschlossen vom Deutschen Bundestag am 6. 2. 1952; Entwurf eines Gesetzes für die Durchführung gesamtdeutscher Wahlen zur Nationalversammlung – beschlossen von der DDR-Volkammer am 9. 1. 1952), in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 21. Jg. (1990), H. 2, S. 169–180
- Stern, K./Schmidt-Bleibtreu, B.: *Verträge und Rechtsakte zur Deutschen Einheit. Band 1 – Staatsvertrag zur Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion mit Vertragsgesetz, Begründungen und Materialien; Band 2 – Einigungsvertrag und Wahlvertrag mit Vertragsgesetzen, Begründungen, Erläuterungen und Materialien*, München 1990

*Die Verfassungsdiskussion im Jahr der deutschen Einheit wurde auch von zahlreichen gesellschaftlichen Initiativen und Verbänden geführt. Die folgende Liste gibt einen Überblick über die verschiedenen Initiativen (Aufrufe, Manifeste und Stellungnahmen) der verfassungspolitischen Diskussion (Auswahl):*

- »Verfassung mit Volksentscheid – Eine gesamtdeutsche Verfassungsinitiative.« Gründungsaufwurf des Kuratoriums für einen demokratisch verfaßten Bund deutscher Länder, erhältlich bei dem Kuratorium, Haus der Demokratie, Friedrichstr. 165, 0-1080 Berlin, im Sommer 1990 in verschiedenen überregionalen Tages- und Wochenzeitungen veröffentlicht.
- »Für einen Verfassungsrat.« Gesetzentwurf über die Einrichtung und die Aufgaben eines Verfassungsrates und über die Verabschiedung einer gesamtdeutschen Verfassung vom Kuratorium für einen demokratisch verfaßten Bund deutscher Länder, dokumentiert in: *Verfassung mit Volksentscheid*, hrsg. v. Kuratorium für einen demokratisch verfaßten Bund deutscher Länder in Zusammenarbeit mit der Heinrich-Böll-Stiftung e. V., Köln/Berlin/Leipzig 1990, S. 54–57

- »Potsdamer Erklärung«. Resolution des Kuratoriums für einen demokratisch verfaßten Bund deutscher Länder, verabschiedet auf dem Kongreß »Verfassung für Deutschland« am 8. 12. 90 in Potsdam, dokumentiert in: *Verfassung mit Volksentscheid*, (a. a. O., S. 48–51)
- »Der Beitritt nach Artikel 23 ist der richtige Weg zur deutschen Einheit.« Erklärung von einhundert deutschen Staatsrechtslehrern auf Initiative von Josef Isensee, Klaus Stern, Dieter Blumenwitz u. a., veröffentlicht in der Tageszeitung *Die Welt* am 28. 3. 1990
- »Der Beitritt kann das Grundgesetz nicht zu einer gesamtdeutschen Verfassung machen – Nohfeldener Erklärung«. Die »Nohfeldener Erklärung« wurde auf der Tagung der Evangelischen Akademie Nohfelden »Die Vereinigung Deutschlands im Gemeinsamen Haus Europa – Verfassungsrechtliche Wege zu mehr Demokratie« vom 22.–23. 6. 1990 verfaßt, vgl. *Frankfurter Rundschau* v. 25. 5. 1990, S. 1
- »Wo bleibt das Volk? – Plädoyer für eine verfassungsgebende Versammlung« Erklärung von Erhard Denninger, Michael Stolleis, Theodor Schweisfurth u. a., dokumentiert in: *Kritische Justiz*, 23. Jg. (1990), H. 2, S. 263 ff.
- »Plädoyer für eine verfassungsgebende Versammlung«. Erklärung von Hans-Herbert von Arnim, Alexander Blankenagel, Michael Bothe u. a., dokumentiert in: *Kritische Justiz*, 23. Jg. (1990), H. 2, S. 265
- »Memorandum des Zentralrates der Juden in Deutschland zum Staatsvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik«. Zentralrat der Juden in Deutschland, erhältlich bei dem Zentralrat der Juden in Deutschland, Rungsdorfer Straße 6, 5300 Bonn
- »Memorandum zur Aufnahme von Minderheiten- und Volksgruppenrechten in die Verfassung der Bundesrepublik Deutschland und zur Anerkennung von Sinti und Roma als deutsche Volksgruppe durch die Bundesregierung«. Zentralrat deutscher Sinti und Roma, erhältlich bei dem Zentralrat deutscher Sinti und Roma, Bluntschlistr. 4, 6900 Heidelberg
- »Frauen in bester Verfassung«. Vorschläge zu Verfassungsänderungen von einer Fraueninitiative der Humanistischen Union (Susanne v. Paczensky/Heide Hering/Renate Sadrozinski), dokumentiert in: *In freier Selbstbestimmung*, hrsg. v. Kuratorium für einen demokratisch verfaßten Bund deutscher Länder in Zusammenarbeit mit der Heinrich-Böll-Stiftung e. V., Berlin/Köln/Leipzig 1990, S. 54 f.
- »Frankfurter Frauenmanifest«. Der Entwurf für das Manifest und die Vorschläge für neue Verfassungsbestimmungen, erstellt von Ute Gerhard, Margarete Nimsch u. a., diente bei dem Kongreß »Frauen für eine neue Verfassung« am 29. 9. 1990 in der Frankfurter Paulskirche als Arbeitsgrundlage. Dieser Entwurf sowie weitere auf dem Kongreß erarbeitete Vorschläge sind in dem Sonderheft »Extra 1« der Zeitschrift *Feministische Studien* (1990) dokumentiert
- »Einig Kinderland«. Der Aufruf zu dem Kongreß »Einig Kinderland« am 15. 9. 1990 in Bonn und dort diskutierte Vorschläge für Kinderrechte in einer neuen Verfassung sind zu beziehen bei »Einig Kinderland«, c/o H. Weingartz, Samansstr. 5300 Bonn 1
- »Auf bewährter Grundlage eine neue Verfassung schaffen.« Der »Wahlprüfstein VI des DGB« ist dokumentiert in der Zeitschrift *Gewerkschaftliche Monatshefte*, 41. Jg. (1990), H. 11, S. 743

# Namenregister

## A

Adorno, Theodor W. 249, 402  
Alexander I, von Rußland 71  
Alkuin 68  
Ansbach, Tatjana 14, 388  
Arendt, Hannah 158  
Arnim, Hans-Herbert von 10  
Augustus 68

## B

Bachof, O. 309  
Badura, Peter 13 f., 325  
Barth, Karl 73  
Beck, Ulrich 49 f., 57  
Benda, Ernst 224, 363  
Bismarck, Otto von 73, 109, 114, 230  
Bloch, Ernst 401 f.  
Blüm, Norbert 244  
Blumenwitz, Dieter 10  
Böhm, Tatjana 14, 391  
Böhme, Ibrahim 118  
Brandt, Willy 108, 242, 244  
Brecht, Bertolt 248  
Brentano, Heinrich von 196, 224, 228

## C

Cavour, Camillo Benso Graf von 114  
Condorcet, Antoine de 39, 50

## D

David 68  
Dehler, Thomas 228  
Denninger, Erhard 10  
d'Hondt, Victor 198  
Disraeli, Benjamin 113  
Dregger, Alfred 234  
Dürig, G. 161, 165, 170, 189, 231

## E

Ehard, Hans 187  
Eschenburg, Theodor 361

## F

Fichte, Johann Gottlieb 169, 400  
Fischer, Erich 14, 395

## G

Genscher, Hans-Dietrich 142, 413  
Gerhard, Ute 10, 12, 161  
Gilligan, Carol 163  
Goethe, Johann Wolfgang 138  
Gorbatschow, Michail S. 67, 74, 287, 367, 413  
Gouges, Olympe de 162  
Grimm, Dieter 12 ff., 119, 261  
Guggenberger, Bernd 9, 11, 81  
Gysi, Gregor 371

## H

Habermas, Jürgen 193  
Häberle, Peter 13, 242  
Hamilton, Alexander 40  
Hayek, Friedrich August von 382  
Hegel, Georg Wilhelm Friedrich 400 ff.  
Heinemann, Gustav 148, 191  
Hennis, Wilhelm 12, 84, 107, 242  
Herzog, Roman 189  
Hitler, Adolf 66, 72 f., 189  
Hobbes, Thomas 400  
Hohmann, Bernd 11, 13 f., 87, 208  
Honecker, Erich 371, 411

## I/J

Imboden, M. 242  
Isensee, Josef 10, 13, 146, 214, 232, 234, 270, 317  
Irigaray, Luce 164

## K

Kafka, Franz 401  
Kant, Immanuel 162, 168, 395  
Karl der Große 68 f.  
Klein, Hans H. 195  
Kölz, A. 242

Kohl, Helmut 109, 236, 243 f.,  
367, 412 f.  
Konstantin I., der Große 68  
Koselleck, Reinhart 39  
Kriele, Martin 13 f., 233 f., 317,  
336

## **L**

Ladeur, Karl-Heinz 15, 376  
Laubach, Birgit 12, 155  
Lehr, Robert 188  
Leicht, Robert 13, 186, 201 ff.,  
204  
Leo III., Papst 68  
Locke, John 41, 400

## **M**

Mahrenholz, Ernst Gottfried 13,  
220  
Maizière, Lothar de 93, 96, 99 ff.,  
286, 314, 412 f.  
Mangoldt, Hermann von 195, 231  
Marx, Karl 400, 402  
Maunz, Theodor 75, 161, 165,  
170, 189, 231  
Meier, Christian 81  
Meinecke, Friedrich 68, 72  
Modrow, Hans 91, 93, 186, 190,  
283, 285, 367 f., 370 f., 411 f.  
Mommer, Karl 188  
Montesquieu, Charles de 110  
Müller, J. P. 242  
Muraro, Luisa 157

## **N**

Napoleon I., Bonaparte 114  
Niethammer, Lutz 114

## **O**

Offe, Claus 47 f.  
Otto I., der Große 69

## **P**

Paczensky, Susanne von 10  
Paine, Thomas 39  
Pineau, Christian 196

Platon 399, 402  
Poeggel, W. 206  
Popper, Karl 402 f.  
Preuß, Hugo 138  
Preuß, Ulrich K. 11, 13 f., 38,  
203, 235, 357, 376 ff., 383 f.

## **Q**

Quaritsch, Helmut 172

## **R**

Ramm, Thilo 242  
Roellecke, Gerd 14, 238, 367  
Roggemann, Herwig 343  
Rossanda, Rossana 164  
Rousseau, Jean-Jacques 168

## **S**

Seifert, Jürgen 13, 230  
Seyès, Emmanuel Joseph 43,  
246  
Simon, Helmut 10, 12, 14, 139,  
229  
Sohm, Rudolph 72  
Spinoza, Baruch de 400

## **Sch**

Schabowski, Günter 411  
Schäuble, Wolfgang 14, 83, 283,  
414  
Scheuner, U. 318  
Schlink, Bernhard 11, 19  
Schmid, Carlo 32, 216, 222, 224,  
231, 266  
Schmitt, Carl 42  
Schmitt-Glaeser, W. 319  
Schneider, Hans-Peter 12, 130,  
235  
Scholz, Rupert 189, 232  
Schuster, R. 242

## **St**

Stefano, C. di 167  
Stein, Tine 9, 11, 81  
Steiner, U. 317  
Stern, Klaus 10, 13 f., 307

Stöcker, Helene 169  
Storost, Ulrich 13f., 172

## **T**

Templin, Wolfgang 11, 14, 350  
Tocqueville, Charles Alexis de 43

## **U**

Ulbricht, Walter 371  
Ullmann, Wolfgang 11, 15, 66,  
190, 399

## **V**

Vergil 404  
Vogel, Hans-Jochen 236

## **W**

Weber, Max 112, 115  
Wickert, Peter 412  
Widukind von Corvey 69  
Will, Rosemarie 13, 201  
Wittgenstein, Ludwig 378  
Wolf, Christa 357